

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 69.

Donnerstag, den 21. März 1912.

19. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Ein Polizeiskandal.

Es ist nichts Neues, daß das „Privat“-Kapital unsere heutigen öffentlichen Leben gegenüber durchaus keine private Stellung einnimmt. Sein Einfluß ist vielmehr überall. Die Fäden beispielsweise, die sich zwischen unseren Ministerien in Berlin und den Kontoren der Grubenbarone im Ruhrrevier ziehen, kennt der mit den Geheimnissen der Politik Vertraute genau und weiß, daß sie auf die Haltung der Regierung oft einen weit größeren Einfluß ausüben als alles, was in den Parlamenten geredet und beschlossen wird.

Aber das dürfte selbst in Preußen kein alltäglicher Vorgang sein, daß eine politische Behörde ganz offenkundig in den Dienst des Kapitals eintritt, von diesem dafür finanziell bedacht wird, und nun im Interesse ihrer Auftraggeber Taten ausführt, die als eklatanter Verstoß gegen die guten Sitten bezeichnet werden müssen.

Solche erbauenden Dinge sind dieser Tage in einem Bochumer Prozesse ans Tageslicht gekommen, der die weitgehendste Beachtung der Öffentlichkeit verdient. Ein erhebendes Bild, das sich uns vom Wirken der Polizei im Ruhrrevier bietet! Während die uniformierte Schutzmannschaft hier täglich durch ihre gegen wehrlose Arbeiter und Bürger begangenen „Heldentaten“ von sich reden macht, wird das Interesse des allmächtigen Grubenkapitals mit Säbel und Revolver schützt, stellt die politische Polizei ihre Beamten demselben Grubenkapital als bezahlte Spitzel und Spione zur Verfügung, um organisierte Grubenbeamte durch hinterlistige und ungesetzliche Denunziationen brutalen Maßregelungen auszuliefern.

Man vergegenwärtige sich noch einmal den Tatbestand: Im September des vorigen Jahres wurde gleichzeitig auf vielen Zechen eine große Anzahl Steiger wegen ihrer Zugehörigkeit zum „Deutschen Steigerverband“ auf die Straße gesetzt. Die Mitgliedschaft der Gemäßigten konnte bloß durch einen groben Vertrauensbruch zur Kenntnis ihrer Vorgelegen gelangt sein, da wegen des bekannten Terrorismus der Grubennagaten die Mitgliederliste des Steigerverbandes streng geheim gehalten wird. Der Verdacht lenkte sich auf die Post und gewisse Indizien sprachen in der Tat dafür, daß die Post stellenweise die Listen der Abonnenten des Verbandsorgans preisgegeben haben mußte. Denn die Maßregelungen betrafen fast immer Steiger des gleichen Postbezirks, während die in anderen Postbezirken wohnenden Steiger derselben Grube unberührt blieben.

Dieser Verdacht wurde auch in einem Artikel des „Technischen Grubenbeamten“, Organ des Steigerverbandes, offen zum Ausdruck gebracht. Von hier ging der Artikel in unser Parteiorgan, das „Volksblatt“, über. Gegen dieses stellte nun der Staatssekretär des Reichspostamts, Kraetke, Strafantrag „für die in Frage kommenden Beamten“, und Genosse Pierenkämper hatte sich deshalb vor der Bochumer Strafkammer zu verantworten.

Die Verhandlung aber gestaltete sich zu einer einzigen großen Niederlage für die Essener politische Polizei. Zwar die Mitschuld der Post konnte nicht erwiesen werden, weil die Polizeibehörde über diesen Punkt ihren Organen die Aussagen nicht gestattete. Herr Kraetke also, der seine Beamten vor dem Verdacht des Verrats von Postgeheimnissen reinigen wollte, prallte mit diesem Bemühen an dem Widerstand einer anderen Staatsbehörde ab, die offenbar ein großes Interesse daran hatte, daß über diesen Punkt kein Licht verbreitet werde!

Noch im übrigen förderte die Verhandlung einen Sachverhalt zutage, der uns vor die Frage stellt, ob wir noch das Recht haben, von „russischen“ Zuständen zu reden, oder ob nicht demnächst die Russen sich über preußische Zustände mokieren werden. Freilich machte es einige Mühe, diesen Sachverhalt aus den geladenen Zeugen herauszubekommen, denn sowohl die als Zeugen geladenen Kriminalschutzeleute wie der gleichfalls als Zeuge fungierende Bergassessor Kraag machten mit ihren Aussagen die größten Schwierigkeiten, sodaß die Verteidiger, die Rechtsanwälte Dr. Levy, Esen, und Frank I. Dortmund, ihnen die Aussage fast zwischen den Zähnen herausholen mußten. Fortwährend mußte das Gericht über die Zulassung von Fragen beschließen, da die Zeugen auf nichts Auskunft geben wollten. Doch das Gericht stellte erfreulicherweise auf den Standpunkt, daß ein Interesse an der Aufhellung des Tatbestandes vorhanden sei und ließ die meisten Fragen zu.

Und der Sachverhalt wurde aufgeheilt. So hell, daß die Herren Zeugen zitternd und angstschweißend wie die

armen Sünder dastanden, daß man glauben mußte, sie seien in Wahrheit die Angeklagten und die Verteidigung führe die Klage.

Hier das erbärmliche Fazit: Der Bergassessor Kraag, als Vertreter des Zechenverbandes, setzt sich mit der politischen Polizei in Essen in Verbindung, um die Listen der Mitglieder des Steigerverbandes herauszubekommen. Die Polizei geht hierauf ein und ermittelt im Auftrag des Zechenverbandes die Listen. (Wie, das wird von ihr nicht verraten.) Herr Assessor Kraag aber zahlt an die fündigen Beamten einige hundert Mark als Ertrag für Auslagen. Und schließlich werden die ermittelten Steiger teils gemäßigelt, teils zum Austritt aus dem Verbande gezwungen. Einige müssen sogar nach Amerika auswandern, weil man sie auf die schwarze Liste gesetzt hat.

Diese ungeheuerliche Vergewaltigung des Koalitionsrechts ist also nicht nur unter dem Schutze der Polizei, sondern direkt mit Hilfe der Polizei vor sich gegangen. Das reimt sich trefflich zusammen mit dem Schrei nach verstärktem Schutze des Koalitionsrechts und der persönlichen Freiheit, der jetzt immer lauter von unseren Regierenden erhoben wird. Die Regierung zeter über den angeblichen „Terrorismus“ der Sozialdemokratie und ihre eigenen Organe stellen sich in den Dienst der allergrößten Terroristen, leisten bei dem großen Kesseltreiben gegen die notabene völlig unpolitische und recht gemäßigete Organisation der Steiger die Dienste der Treiber und Spürhunde.

Und nun die Frage: Mit welchem Recht befiehlt hier die aus öffentlichen Mitteln unterhaltene Polizei Aufträge privater Personen wie des Zechenverbandes. Mit welchem Recht geht sie gegen den Steigerverband vor, der zwar den Grubenbaronen unbehagen sein mag, gegen den sich aber vom Standpunkt des öffentlichen Rechts aus nicht das mindeste einwenden läßt! Und die blauen Lappen als Ersatz der „gemachten Auslagen“? Wer lacht da nicht? Es war ein anmutiger Augenblick, als in der Verhandlung sich der Herr Bergassessor erst gar nicht mehr entsinnen konnte, wieviel er den Polizeiorganen ausgehändigt habe, und dann auf die geschickte Frage des Verteidigers: „Waren es vielleicht tausend Mark?“ herausspottete: „Nein, nicht ganz so viel.“

Was gedenkt der Herr Minister des Innern in dieser Angelegenheit, die ein öffentlicher Skandal ersten Ranges ist, zu tun? Wird ferner der Herr Staatsanwalt gegen den freigebigen Bergassessor und die mit so großen „Auslagen“ belasteten Kriminalbeamten ein Strafverfahren wegen Beamtenebstehung und Mißbrauch des Amtes eröffnen? Wie gedenkt die Regierung den durch das ungesetzliche Verhalten ihrer Organe schwer geschädigten Steigerverband zu entschädigen? Es erscheint dringend notwendig, daß alle diese Fragen in den Parlamenten zur Sprache kommen.

Welchen Eindruck das Gericht aus der Beweisaufnahme gewann, zeigt am besten das von uns bereits erwähnte Urteil: Genosse Pierenkämper wurde freigesprochen. Nun sage nach dieser Verhandlung noch jemand, die Sozialdemokratie sehe das Ansehen der Polizei in der Öffentlichkeit herab. Nein, sie selbst sorgt am besten dafür, daß der letzte Rest des Vertrauens zu ihrer Unparteilichkeit schwindet.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Aus dem Reichstage.

Die Abend Sitzung des Reichstages am Dienstag setzte mit einer stürmischen Szene ein, die der Staatssekretär Delbrück im Verein mit der Rechten heraufschürzte. Genosse Sohn hatte in der vorhergehenden Sitzung auf die beleidigenden Worte erwidert, die Minister v. Dallwig am Montag im Abgeordnetenhaus ungehindert gegen den Genossen Sachse hatte schleudern dürfen. Die nachträgliche Klage, die Präsident Rämpf unserem Redner zuteil werden ließ, war dem Staatssekretär offenbar zu milde, und so nahm er sich heraus, in die Geschäftsleitung des Hauses einzugreifen und seinerseits Klagen zu erheben. Ein Parlament, das auf sein Ansehen hält, hätte den Staatssekretär energisch zurechtgewiesen. Aber das Beifallsgebrüll der Rechten machte Herrn Rämpf offenbar ängstlich, und so endete die Szene mit einer sehr lahmen Erklärung des Präsidenten, die sich so halb und halb die Worte des Staatssekretärs zueigen machte. Unseren Genossen war nichts anderes übrig geblieben, als sich durch Zwischenrufe gegen den Staatssekretär und die Junker Recht zu verschaffen. Sachlich bot die Abenddebatte, von einer ausgezeichneten Rede unseres Genossen Quark über die Fleischsteuerung abgesehen, nichts bemerkenswertes.

Am Mittwoch ging der Reichstag mit neuem Mut an die Arbeit, an eine Arbeit, die schwierig und fast riesengroß erscheinen mag: Das Kapitel „Gesundheitsamt“ zu überwinden, das mit etwa zwanzig Rednern aus dem Hause belastet war. Die Abgeordneten durften indessen frohgemut sein, weil ihnen für diesen Tag eine Wiederholung der Oberschicht nicht drohte.

Zu Beginn gab es noch etwas wie eine Fortsetzung der Debatte, mit der die Nachsitzung geschlossen hatte. Verschiedene Redner behandelten noch einmal den allerdings unerhörten Fall der zwei jüdischen Medizinalpraktikanten, bei dem sich die neuerliche Schneidigkeit des Herrn Dr. Delbrück so ausgezeichnet blamiert hatte. Der Antisemit Herr Dr. Burkhardt fand alles gut und schön, während sogar der einstweilige Besieger von Koresell, der ganz Rechts-Nationalliberale Dr. Becker, sich gegen solche Mißstände wandte. Der Fortschrittler Dr. Blunck kam noch einmal gegen Abend auf die Angelegenheit zurück, aber der Staatssekretär ließ sich nicht mehr aus der kühlen Reserve hervorlocken, die er nur einmal unvorsichtig verlassen hatte.

Auch Graf Posadowsky brachte gestern durchaus gerechte Beschwerden vor über die Schädigung der Flüsse durch Ralsalze. Er mußte sich aber von unserem Genossen Brey den naheliegenden Vorhalt machen lassen, daß er in seiner Ministerzeit sich solche Sorgen nicht gemacht hat.

Genosse Brey begründete unsere Resolution, die verlangt, daß Arbeitervertreter bei den Erhebungen über den Gesundheitsschutz in der chemischen Industrie hinzugezogen werden. Unter Berufung auf ein reichhaltiges Zahlenmaterial überlegte er die unvollständigen und vielfach bewußt einseitigen Statistiken, mit denen das Unternehmertum namentlich in der Farbenindustrie ihre Ungefährlichkeit nachweisen möchte. Außerdem hatte unser Genosse den Tisch des Hauses mit bildlichen Darstellungen geschmückt, die auf die zahlreichen Abgeordneten, welche sie in Augenschein nahmen, erschütternd wirken mußten — Bilder, die allerdings seine Behauptung vollends ergänzten, daß Deutschland im Schutze der Giftarbeiter hintenan steht.

Man konnte es der lahmen Erwiderung des Ministerialdirektors Dr. Caspar schon aus weiter Ferne anhören, daß die Regierung nicht mag und sich einfach hinter Vorwände verschanzte, mögen sie noch so einsichtig sein. „Die Regierung widmet ihre Aufmerksamkeit...“, „die Regierung erläßt Verordnungen...“, „es sind mustergiltige Einrichtungen...“ — so wollte er beruhigen. Und gegen unsere Resolution polemisierte er mit der unglaublichen Bemerkung, es sei schwer, Arbeiter zu finden, die für die Erhebungen geeignet seien! Das steht etwa auf der Höhe der sozialpolitischen Argumente, die neulich Herr Rogalla von Bielefeld offenbart hatte.

Der nächste Redner, Herr Hepp von den Nationalliberalen, eröffnete wieder die Fleischdebatte. Dieser merkwürdige Liberale äußerte sich indessen auch nicht viel anders, als es der erste Bändler getan hätte. Er freut sich, daß die deutsche Landwirtschaft den deutschen Fleischbedarf annähernd decken kann, ohne bedenken zu wollen, daß diese angebliche Leistungsfähigkeit nur möglich ist, wenn der Bedarf durch die maßlose Preissteigerung ungeheuer gesenkt worden ist. Der Fortschrittler Fischbeck, der nachher zu Wort kam, legte Wert darauf, gerade den Unterkonsum von Fleisch in der Arbeiterbevölkerung zu unterstreichen. Diesen Tatsachen gegenüber versuchte der Präsident des Reichsgesundheitsamtes vergeblich eine Rettung der über-agrarischen Politik, indem er beispielsweise den Fleischmangel im Volk leugnen wollte. Abgesehen machte auch späterhin der Fortschrittler Leube die Regierung auf ihre großen Fehler nachdrücklich aufmerksam.

Zwischendurch zog sich die Weindebatte, in der von allen Seiten etwa die gleiche Auffassung geäußert wurde. Vom Zentrum sprachen die Abgeordneten Baumann, Pauly und Schwarz, der zweite nicht ohne Schwierigkeiten mit dem Vizepräsidenten und mit seinem Manuskript, von den Fortschrittler der Freiburger Professor von Schulze-Gävernitz, während Genosse Brey in der Einleitung seiner Rede kurz die Stellung unserer Partei skizzierte hatte.

So geht die Debatte unermüdet weiter. Erst gegen 7 Uhr wird über die Resolution abgestimmt, wobei auch die von unserer Fraktion eingebrachte über die Hinzuziehung von Arbeitern bei den Erhebungen mit großer Mehrheit gegen die Rechte angenommen wird. Auch die sozialdemokratische Fleischresolution wird mit den sozialdemokratischen, fortschrittlichen und einigen national-liberalen Stimmen gegen Rechte und Zentrum nach einigen Bedenken des Bureaus für angenommen erklärt.

Dann wird Schluß gemacht. Morgen wird mit dem Patentamt begonnen.

Der Senatorenkonvent des Reichstages

verhandelte Mittwoch nachmittag über einen Vorschlag der Regierung, die Osterferien des Reichstages, deren Ende für den 16. April vorgesehen war, bis zum 29. April dauern zu lassen, um der Regierung zu ermöglichen, die Wehr- und Steuervorlagen bis dahin fertigzustellen.

Die Wahlprüfungskommission des Reichstages beendigte am Mittwoch zunächst die Prüfung der Wahl des Abg. R. B. L. im 7. badischen Wahlkreis. Die Kommission beschloß Beweiserhebung über die mannigfachen Beanstandungen, die in verschiedenen Wahlprotokollen vorgebracht sind. Die Kommission behandelte dann die Wahl des Abg. Haupt (Soz.), gewählt im Wahlkreis Siedow I. und II. Haupt ist in der Stichwahl mit 15 263 Stimmen gegen 15 256 Stimmen, die für den Konservativen v. Byern abgegeben wurden, gewählt worden. Eine Anzahl Stimmzettel, die von den Wahlvorständen zum größten Haupt als ungültig erklärt worden sind, wurden als gültig anerkannt. Ein Wahlprotokoll des Rittergutsbesizers v. Wulsen behauptet Unregelmäßigkeiten bei der Wahl in Möckern; ein Mitglied des Wahlvorstandes soll Wahlkoverts mit Stimmzetteln statt sie in die Urne zu legen, zu den noch nicht benutzten Umschlägen gelegt haben, sodas dann verschiedene Wähler in dem Umschlag, den sie erhielten, schon Zettel vorfanden. Über diese Behauptung wurde von der Kommission Beweiserhebung beschloffen, entgegen dem Antrag der sozialdemokratischen Mitglieder, die für sofortige Gültigkeitserklärung der Wahl eintraten, da keineswegs zu erwarten sei, daß die behauptete Unregelmäßigkeit die Mehrheit für Haupt erschüttern könne. Ferner wurde Beweiserhebung über amtliche Wahlbeeinflussung in Groß-Wudicke beschloffen. Die Wahl des Abg. Fürst zu Salm (4. Aachen) wurde für gültig erklärt.

Liebesgabe und Spiritus-Zentrale.

Die Spiritus-Zentrale hat sich mit der noch gar nicht beschlossenen Aufhebung der Branntwein-Liebesgabe bereits abgefunden, sie hat den Verkaufspreis um 8 Mark pro Hektoliter erhöht. Die Liebesgabe beträgt 20 Mk. pro Hektoliter innerhalb des Kontingents. Nimmt man eine Brennerlei, die 1500 Hektoliter Branntwein herstellt, ein Kontingent von 500 Hektoliter hat, dann macht die Liebesgabe 500 mal 20 Mk. sind 10 000 Mk. Diese 10 000 Mk. fallen also künftig weg. Wenn dieser Brenner nun 300 Hektoliter vergällen muß, dann kommen für den Verkauf zu anderen als Brennwecken noch 1200 Hektoliter in Betracht. Ein Preisaufschlag von 8 Mk. pro Hektoliter bedeutet sonach eine Mehreinnahme von 9600 Mk., sodas die Einbuße in diesem Falle 400 Mark beträgt. Sobald aber die Aufhebung der Liebesgabe durch Gesetz beschloffen ist, wird die Spiritus-Zentrale den Verkaufspreis weiter erhöhen und das Ende vom Liede ist, daß die Schnapsbrenner noch ein gutes Geschäft machen.

Wermuths Rücktritt keine abgekartete Sache.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ wendet sich an auffallender Stelle in einer geharnischten Erklärung gegen die „Nationalztg.“ Das Kanzlerblatt sagt: „Die „Nat.-Ztg.“ hat in ihrer Nummer vom Dienstag Andeutungen gemacht, als ob der Rücktritt des Staatssekretärs Wermuth eine zwischen dem Reichskanzler und dem Zentrum abgekartete Sache gewesen ist. Herr Wermuth habe vor acht Tagen noch nicht gewußt, daß längst alles abgemacht gewesen sei. In der Redaktion der „Germania“ sei man über sein nahes Schicksal besser informiert gewesen, als er selbst es war. Das Blatt spricht in diesem Zusammenhang von einer ungeheuerlichen Provokation, in der sich die Politik des Reichskanzlers gefalle. Alles, was hier gesagt ist, ist eine dreiste Erfindung.“

Zu den Gerüchten über eine Ministerkrise

bemerkt die „Post“, die gute Beziehungen zur Regierung unterhält, in ihrem Leitartikel am Mittwoch abend: „Die Gerüchte über eine Kanzlerkrise wollen nicht zum Schweigen kommen, als dessen Nachfolger von verschiedenen Seiten der Staatssekretär des Reichsmarineamts, Großadmiral v. Tirpitz, genannt wird. Wir haben vermischt, an zuständiger Stelle etwas Näheres über diese Weibungen zu erfahren, die wir selbst als jeder Grundlage entbehrende Kombinationen betrachten, doch wurde eine Äußerung darüber entschieden abgelehnt.“

Die Krise scheint demnach noch nicht überwunden zu sein.

Der „Segen“ der Fahrkartensteuer.

In der Budgetkommission des preussischen Abgeordnetenhauses teilte der Eisenbahnminister mit, daß der Personenverkehr sich zwar sehr umfangreich entwickelt habe, aber immer noch durch die Fahrkartensteuer erheblich belastet werde. Eine Reform dieser Steuer ist ausgearbeitet, konnte aber wegen des Wechsels im Reichsfinanzamt noch nicht vorgelegt werden. Die Schnellzüge führen zu 88 Proz. die 3. Klasse, während die Personenzüge nur zu 25 Proz. die 1. Klasse führen.

Kirche und Schule im preussischen Dreiklassenhaufe.

Das preussische Abgeordnetenhause setzte Mittwoch die durch die Besprechung der Interpellationen über die Bergarbeiterbewegung unterbrochene Beratung des Kultusetats fort. Beim Kapitel: Evangelischer Oberkirchenrat kritisierte Sen. Hoffmann auf das schärfste das Gebaren der Kirchenbehörden in Berlin, die sich jetzt schon nicht mehr mit Terrainspekulation bei Anlegung ihrer Friedhöfe begnügen, sondern auch eine Spekulation mit Leichen betreiben, indem sie die armen Leichen der politischen Gemeinde zur Bestattung überlassen, während sie die der Reichen für sich beanspruchen. Was Sen. Hoffmann sonst über die Art der Eintreibung der Kirchensteuer, über die Maßregelung von Geistlichen und dergleichen vortrug, beweist, wie notwendig die Trennung der Kirche vom Staat ist.

Nach Erledigung einer Reihe von Etatspositionen ohne Verlauf begann die Beratung über das Gemeindeelementarunterrichtswesen. Hierzu sprach Abg. Heß vom Zentrum, der sich in unglücklich abverne Angriffen gegen das sozialdemokratische Schulideal erging. Die Antwort

könnte ihm wegen Schluß der Sitzung am Mittwoch nicht mehr zuteil werden; sie wird aber heute durch den Sen. Hirsch, der als erster zu Worte kommt, erteilt werden.

Zur Deckung der Wehrevorlagen.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ vom Mittwoch schreibt: „Die Entschloffenungen des Bundesrats über die Deckung der Wehrevorlagen werden von einem Teile der Presse parteipolitisch anzunehmen versucht, um eine Unterwerfung des Reichskanzlers unter den schwarz-blauen Block zu erweisen. Damit wird ein alles und abgestandenes Gerücht aufgewärmt. Als neue Beilage erscheint die Behauptung, die Entschloffenungen bedeuteten einen Sieg Bayerns über den Reichskanzler. Wir stellen demgegenüber, zum Teil in Wiederholung früherer Mitteilungen, folgendes fest:

1) Man war im Bundesrat einstimmig der Ansicht, daß die Einbringung der früheren Erbschaftsteuer zur Deckung der Wehrevorlagen mit Rücksicht auf die Stellung der Sozialdemokraten zu den Wehrevorlagen ein politischer Fehler sei und nicht einmal Erfolg verspreche.

2) Man war ferner einig darin, daß eine mit einzelstaatlicher Besitzsteuer verquickte Reichserbschaftsteuer starken Bedenken für das Reich und für die Bundesstaaten unterliege.

3) Aber die Aufhebung der Liebesgabe waren im Reichsfinanzamt Vorkarbeiten aufgestellt. Dieser Plan war bis zu seiner Veröffentlichung weder direkt noch indirekt mit irgend einer Partei besprochen worden.

4) Den Vorschlag, durch die Aufhebung der Liebesgabe die erforderlichen Mittel zu beschaffen, hat Bayern weder gemacht noch inspiert. Er ist von norddeutscher Seite ausgegangen und nach eingehender Diskussion von allen Staaten akzeptiert worden.

5) Der vom Reichskanzler mit aller Entschloffenheit betonen Auffassung, daß die Kosten der Wehrevorlagen nicht ohne die Erschließung neuer Einnahmen gedeckt werden könnten, sind auch diejenigen Staaten, darunter auch Bayern, beigetreten, welche die gegenwärtige Finanzlage des Reiches günstiger beurteilten, als es der Reichskanzler tun zu können glaubte.“

Schließlich spricht die „Nordd. Allg. Ztg.“ noch ihre Verwunderung darüber aus, daß eine Agitation gegen die Aufhebung der sogenannten Liebesgabe einsetzten konnte, nachdem diese Liebesgabe ein Jahrzehnt lang Agitationsstoff gegen die rechtsstehenden Parteien abgegeben habe.

Von Wichtigkeit ist in obiger Auslassung der „Nordd. Allg. Ztg.“ der Hinweis, daß die „Kosten der Wehrevorlagen nicht ohne die Erschließung neuer Einnahmen gedeckt werden können.“

Die Konservativen und die Wehr- und Deckungsvorlagen.

Die „Kons. Korresp.“ nimmt Stellung zu den Wehrevorlagen und ihrer Deckung. Diese Stellungnahme ist ungenau vorläufig, man merkt, die Konservativen wollen sich vorläufig noch nicht festlegen. So sympathisch ihnen die Verwirklichung ist, daß die Erbschaftsteuer nicht wieder kommen wird, so bedenklich sehen sie den neuen Steuervorlagen entgegen. Zu der Aufhebung der Branntwein-Liebesgabe führt das parteioffizielle Organ aus:

„Wir werden daher warten müssen, bis die vom Bundesrate vorgeschlagene Abschaffung des Branntweinsteuerkontingents mit einer näheren Begründung und einer ziffermäßigen Darlegung des zu erhoffenden finanziellen Ergebnisses versehen worden ist. Der in der offiziellen Verlautbarung bisher allein angeführte Umstand, eine an sich nur durch Sachkenntnis und Gegnerschaft gegen die Landwirtschaft begründete Forderung des Liberalismus aus dem letzten Wahlkampfe erfüllen zu wollen, kann ernstlich kaum dazu dienen, auf der anderen Seite eine befriedigte Stimmung auszulösen oder bei ihr die Empfindung zurückzudrängen, daß hier die Landwirtschaft vorzugsweise belastet werden soll. Die fortgesetzte Beunruhigung eines Gewerbes, das bereits jetzt mit Abgaben überlastet ist, wie kein anderes, und dessen Erhaltung im Landeskulturinteresse von der größten Wichtigkeit ist, dürfte aber auch in nicht landwirtschaftlichen Kreisen schwer empfunden werden. Indessen, wie der Verlauf der zu erwartenden Beratungen und Verhandlungen sich auch im einzelnen stellen mag, die konservative Partei wird jedenfalls bemüht sein, dem Vorschlage der verbündeten Regierungen eine Form zu geben, die Härten mildert und ausgleicht.“

Diese „Mildertung und Ausgleichung der Härten“ kann den Steuerzahlern sehr teuer zu stehen kommen. Es sieht nämlich fast so aus, als ob den Konservativen statt einer Aufhebung eine Ablösung der Liebesgabe vorschwebt. Auf diese Weise würden die Schnapsbrenner ein Geschenk bekommen, das enorme Summen erfordern würde. Dabei erfahren die Brenner mit der Aufhebung der Liebesgabe nicht die mindeste Schädigung, denn die Spirituszentrale hat bereits beschloffen, eine Neuregelung der Preise vorzunehmen und auch abgeschlossene Lieferungen nur zu den neuen Preisen auszuführen. Die Agrarier halten also bereits wieder die Hand auf und heißen ein Extra-Geschenk.

Die Notwendigkeit der Erschließung neuer Steuerquellen

wird in den „Berl. Pol. Nachrichten“ noch einmal, anscheinend offiziös, mit allem Nachdruck betont. Es wird hervorgehoben, daß die Einnahmen des Reiches nicht weiter in dem Maße steigen werden, wie in den letzten Jahren, um so weniger, als ein Ausfall bei der Zuckersteuer zu erwarten ist. Die Darlegung schließt:

„Alle diejenigen Kreise, die die kommenden Wehrevorlagen als eine Notwendigkeit ansehen, werden im Interesse des Zustandekommens der letzteren gut tun, den Standpunkt, daß neue Einnahmen für die Deckung ihrer Kosten unzulässig sei, zu verlassen, und sowohl im Interesse der Stärkung der Wehrhaftigkeit des Vaterlandes, wie der Gesunderhaltung der Reichsfinanzen den Weg zur Deckung durch neue und durch alte Einnahmen zu beschreiten.“

Das klingt sehr müßig, wird aber dem Zentrum nicht entfernt imponieren, nachdem der Kanzler mit der Preisgebung Wermuths gezeigt hat, wie sehr er bereit ist, die Wünsche des Zentrums zu erfüllen.

Kriegervereins-Terrorismus.

Der Kriegerverein in Werl (Westfalen) hat vor einiger Zeit den nationalliberalen Reichstagsabgeordneten Schulenburg zur Rechenschaft gezogen, weil er im Reichstag für Scheidemann als Vize-Präsidenten gestimmt hat. Mit knapper Mehrheit wurde Schulenburg, der Reserveoffizier ist, damals wieder zum Vorsitzenden des Kriegervereins gewählt. Der Kriegerverein in Werl, der vermutlich in seiner Mehrheit aus Zentrumschriften besteht, hat sich nunmehr an den „Deutschen Kriegerbund“ gewendet und dessen Entscheidung angerufen.

Diese Einmischung der Kriegervereine in die Abstimmung eines Abgeordneten im Reichstage bedeutet eine dreifache Verletzung der Verfassung. Der § 30 der Reichsverfassung belagt nämlich:

„Kein Mitglied des Reichstages darf zu irgend einer Zeit wegen seiner Abstimmung oder wegen der in Ausübung seines Berufs getanen Äußerungen gerichtlich oder disziplinarisch verfolgt oder sonst außerhalb der Versammlung zur Rechenschaft gezogen werden.“

Wenn schon den Kriegervereinen alle möglichen Übergriffe gestattet sind, so wird man ihnen doch auf keinen Fall eine derart flagrante Verletzung der Reichsverfassung hingehen lassen dürfen.

Gegen den Terrorismus der Spirituszentrale.

Der Verband pflanzlicher Spiritusinteressenten hat sich an den Reichstag mit einer Petition gewendet, in der bitter geklagt wird über den Terrorismus, den die von dem konservativen Abg. Kretsch geleitete Spirituszentrale ausübt. Die Petition führt aus:

„Einem hohen Reichstag ist es wohl hinreichend bekannt, daß die Spirituszentrale, unterstützt durch das Branntweinmonopolgesetz von 1909, sich nach und nach zum Privatmonopol ausgestaltet und daß dadurch unser Gewerbe in ein unmoralisches Abhängigkeitsverhältnis zu derselben gebracht ist, welches uns zu Bürgern zweiter Klasse degradiert. Mit Bitterkeit mußte es den lokalen Staatsbürger erfüllen, wenn die zahlreichen, an die zuständigen Behörden gerichteten berechtigten Beschwerden unseres Gewerbes auch nicht die mindeste Berücksichtigung fanden, während offenkundig die Gesetzgebung sich stets willig den Wünschen der Zentrale anpaßte. Daß dadurch Zustände in unserem Gewerbe eingetreten sind, die mit Naturnotwendigkeit einer Krisis zutreiben mußten, ist leider nur zu begreiflich. Es ist deshalb nicht zu verwundern, wenn unser mit ausgedehnten Konsumentenkreisen in ständiger Fühlung stehendes Gewerbe ein so schmerzliches Kontingent derjenigen stellt, deren Unzufriedenheit politisch zum Ausdruck kommen muß.“

Unter dem ehemals syndikalfreien Marke haben sämtliche Zweige der Spiritus- und Spiritusindustrie sich zu hoher Blüte entwickelt und jede diese Entwicklung oder den normalen Gang hemmende Störung wurde im freien Spiel der Kräfte rascher behoben, als es durch das besagte Syndikat möglich gewesen wäre.

Die Übermacht des Syndikats kann aber nur in die gebührenden Schranken verwiesen werden durch Beseitigung derjenigen Gesetze, denen es überhaupt seine Entstehung verdankt und welche speziell dafür geschaffen wurden, diese Übermacht zu stützen, und dazu gehört in erster Linie das Branntweinkontingent.“

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, den 21. März.

Achtung Fabrikarbeiter! Die Arbeiter der Chemischen Fabrik Ahrensbohl (Zug. Dr. C. Christ) befinden sich in Lohn Differenzen. Zuzug ist streng fernzuhalten.

Zuzug von Arbeitern und Arbeiterinnen nach dem Stanz- und Emailierwerk von Karl Thiel und Söhne ist streng fernzuhalten.

Die Beratung des Lübeckischen Staatsbudgets wurde auch gestern abend von der Bürgerschaft in mehr als fünfständiger Sitzung noch nicht beendet. Von sozialdemokratischer Seite wurden wieder mancherlei wichtige Anregungen gegeben. Genosse Ehlers beantragte, daß die öffentlichen Bedürfnisanstalten auch von der weiblichen Bevölkerung unentgeltlich benützt werden dürfen. Die Bürgerschaft stimmte in ihrer großen Mehrheit dieser Forderung zu; man muß sich nur wundern, daß es in unserem Vierklassenparlament noch Leute gibt, die nicht dafür zu haben waren.

Vom Genossen Dr. Schlomer wurde die Ausdehnung der Wohnungspflege auf das Landgebiet verlangt und dabei die traurigen Wohnungsverhältnisse geschildert, unter denen auch im Lübeckischen Staatsgebiet viele Landarbeiter zu leiden haben. Die Agrarier wollten das natürlich nicht wahr haben und fabulierten allerlei über die gesunden Behausungen des Landproletariats, was keiner Nachprüfung standhalten dürfte. Weiter regte Genosse Dr. Schlomer die Ausgestaltung der Säuglingsfürsorge an, wie er auch für die Einführung der Zahnpflege in den Schulen warm eintrat.

Die Nichtbestätigung des dreimal mit großer Mehrheit zum Mitgliede des Moislinger Gemeindevorstandes gewählten Genossen Schomann wurde vom Genossen Böger scharf kritisiert und der Senat um Auskunft ersucht, warum die Bestätigung versagt worden ist. Senator Dr. Neumann erklärte zwar, augenblicklich von nichts zu wissen, betonte aber im gleichen Atemzuge, daß die sozialdemokratische Gesinnung Schomanns nicht der Grund für das ablehnende Verhalten des Stadt- und Landamtes gewesen sei. Die sozialdemokratische Fraktion wird nicht unterlassen, bei der ersten sich bietenden Gelegenheit auf die Sache zurückzukommen. Bemerkenswert sei, daß auch der Arbeitgeber des Genossen Schomann, der selbst Mitglied der Bürgerschaft ist, diesem in jeder Beziehung das beste Zeugnis ausstellt. Man darf gespannt darauf sein, wie die Antwort des Senates lauten wird, wenn er sich orientiert hat.

Versammlung der Bürgerschaft.

b. Lübeck, 20. März 1912.

Der Wortführer Dr. G r ö s s eröffnet die Sitzung um 6 Uhr 20 Min.

Auf der Tagesordnung steht die
Beratung des Staatshaushalts für 1912.
(3. Tag.)

In der Spezialberatung wird fortgefahren.

Irrenanstalt.

S c h o b e r fragt, warum die Lieferungen von Fleisch und Aufschnittwaren nicht öffentlich ausgeschrieben werden; bis jetzt würden nur wenige Firmen berücksichtigt. Die Lieferungen müßten zu Anfang des Monats beglichen werden. Ferner müßten die Arbeitszeit in Betracht gezogen werden. Die Behörden seien wohl richtig, sie würden von den unteren jedoch nicht immer genügend berücksichtigt.

S e i n s o h n macht auf die Schädigungen des jetzigen Submissionswesens aufmerksam, durch welches das Handwerk nahezu zum Ruin zugeführt werde. Die Gewerkekommission habe einschlägiges Material gesammelt, das eingehender Prüfung wert sei. Die Anweisungen der oberen Behörden seien wohl richtig, sie würden von den unteren jedoch nicht immer genügend berücksichtigt.

Senator Dr. F e h l i n g vertritt den Wunschsteller auf die kommende Bürgerstafung.

C o l e m a n wünscht eine bessere Entlohnung der Krankenkassen. Sollte eine solche inzwischen eingetreten sein, genüge sie trotzdem nicht, insbesondere, wenn die äußerst lange und anstrengende Arbeitszeit in Betracht gezogen werde. Die Abneigung gegen das läbliche Krankenhaus sei groß und deshalb eine besonders sorgfältige Prüfung am Platze. Statt der Männer sollten mehr weibliche Angestellte beschäftigt werden. Gebildeteren Elementen würde die Ergriffung des Berufs erschwert, weil ihnen manchmal Arbeiten aufgebürdet würden, die mit der Krankenpflege nicht zusammenhängen.

A l b e r s hat beobachtet, daß die Art der Vergütung der Irrenhauslieferungen ganz im Interesse der Geschäftsleute gelegen habe. Zu empfehlen wäre eine Teilung großer Lieferungen.

W a n d l e bemängelt die Aufstufung der Krankenkassen. Telephonische Nachrichten würden nicht gegeben. Das müßte aber gleich mitgeteilt werden, damit man nicht im unklaren sei.

Senator Dr. F e h l i n g bittet, solche Fälle nicht bei der Budgetberatung vorzubringen.

D r. F. M e y e r: Die augenblicklichen Krankenhaushverhältnisse sind keine normalen, bis diese eintreten, muß sich die Bevölkerung damit begnügen. In Zukunft werden diese Mängel beseitigt und die Wünsche einzelner befriedigt. Auch im Pflegepersonal und der Entlohnung wird eine Änderung eintreten.

St e l l i n g kritisiert die Abwesenheit der zuständigen Senatskommission bei den verschiedenen Titeln und pflichtet den vorgebrachten Beschwerden über das Krankenhaus bei. Die gegenwärtigen Verhältnisse seien nicht gut, aber eine Änderung in der Art der Aufstufung wäre doch am Platze. Jetzt müsse man schon morgens anfragen, wenn man überhaupt eine Antwort bekommen wolle. Dann werde man wieder auf den Nachmittag verwiesen. Es müsse tägliche Auskunft verlangt und gegeben werden können. Eine generelle Festlegung der Zeit sei notwendig, denn vielfach entständen den Fragestellern Unkosten, und die Anfrage sei zudem noch vergeblich. Die Vorsteherchaft soll für Vorbemerkungen Sorge tragen.

Senator Dr. F e h l i n g: Herr Stelling hat meine Bemerkung nicht richtig wiedergegeben. Der Senat kann nicht alle seine Mitglieder jeden Tag zur Verfügung haben. Melden Sie vorzubringende Beschwerden vorher an, dann kann den Wünschen entsprochen werden.

C o l e m a n ist von Dr. Meyers Antwort befriedigt, glaubt jedoch, daß seine vorgebrachten Wünsche sich jetzt schon hätten erfüllen lassen.

G. R e i m w e l l: Allen berechtigten Ansprüchen kann unter den jetzigen Umständen nicht entsprochen werden. Die Anforderungen der Krankenhaushverwaltung wird Sie noch in Erwägung ziehen. Zu berücksichtigen ist ferner, daß die leitenden Oberärzte nur im Nebenamt angestellt sind. Das Krankenhaus wird noch weiter große und dauernde Kosten beanspruchen.

Polizei.

S c h l e r s wiederholt seine früher vorgebrachten Wünsche in bezug auf die Bedürfnisanstalten, die auch dem weiblichen Teil der Bevölkerung zur unentgeltlichen Benutzung überlassen bleiben müßten. Ungerecht sei besonders, daß selbst Kinder bezahlen müßten. Es werde über die Verunreinigung des Travemünde Strandes durch Kinder geklagt, wolle man dies vermeiden, müsse ihnen eben passende Gelegenheit geschaffen werden. Kinder hätten nicht immer Geld in der Tasche. (Lachen.) Sie brauchen nicht zu lachen. Die Sache ist sehr ernst. Wenn Sie auch gegen die Gleichberechtigung der Frauen sind, so können Sie hier doch den ungesährlichen Versuch wagen. Ich stelle den Antrag, die Bürgerschaft wolle das Gesuchen an den Senat richten, dafür Sorge zu tragen, daß der Lübecker Bevölkerung die Bedürfnisanstalten zur unentgeltlichen Benutzung überlassen werden.

G r ü n a u wünscht eine Änderung in der Oberaufsicht der Fischerei. Es könnte dadurch ein Ersparnis gegenüber dem jetzigen Zustand eintreten.

Senator Dr. N e u m a n n: Eine Änderung ist insofern eingetret, als der Hafenmeister mit der Aufsicht betraut wurde.

D r. S c h l o m e r weist auf die ungünstige Lage der Säuglingsfürsorge hin. Wünschenswert wäre eine solche Stelle vor jedem Tor. Ferner sollte man an eine weitere Verteilung von Milchsorten denken, die bis jetzt aus privaten Mitteln bestritten würden. Die Verteilung sollte nicht unterbrochen, sondern weiter ausgebaut werden. Ich frage ferner, ob Erwägungen über die Errichtung von Milchflöhen im Gange sind. Für die Milchversorgung in der Stadt sollte man strengere Maßnahmen ergreifen. Ein Antrag auf Überweisung der Milchversorgung durch die Stadt oder Errichtung einer Zentrale wie z. B. das Schlachthaus würde bei Ihnen auf Widerspruch stoßen, obgleich die letztere in vielen Städten bald eingeführt wird. Eine strengere Kontrolle ist unbedingt notwendig, diese muß auch durch Verhandlung mit außer dem läblichen Gebiet liegenden Gütern, die Milch nach Lübeck liefern, vereinbart werden. Die Stallanlagen müssen entsprechend eingerichtet sein.

Senator Dr. N e u m a n n: Die Stellen sind so ausgewählt, daß sie im Interesse der Sache liegen. Werden weitere Mittel von der Bürgerschaft zur Verfügung gestellt, kann fortschrittlich vorgegangen werden. Die Milchsorten werden nicht ausschließlich von freiwilligen Mitteln bestritten, auch der Staat gibt 500 Mt. dazu. Die Milchflöhe bedarf noch weiterer Erwägung. Recht hat der Vorredner mit der Behauptung, daß durch auswärtige Milch unzweifelhaft Epidemien eingeschleppt werden können, das kann aber auch durch die läblichen Güter geschehen. Absolute Garantie kann man auch durch behördliche Maßnahmen nicht treffen.

St e l l i n g: In letzter Zeit wurden vielfach den Rutschern Strafen auferlegt, weil sie den Platz am Bahnhof besetzten. Nicht allen ist die Verordnung bekannt, daß dies nicht sein darf. Vielfach trifft die Strafe Rutscher vom Lande, die Anbringung eines Plakats wäre deshalb zu empfehlen. Den Hausbesitzern sollte die Möglichkeit geboten werden, das Trottoir von den Straßeneinigern säubern zu lassen, selbstredend gegen Vergütung. Die Verhältnisse bringen es manchmal mit sich, daß Unschuldige in Strafe genommen werden.

Senator Dr. N e u m a n n: Die Eisenbahnverwaltung hat ein vertragmäßiges Recht darauf, daß diese Strafe nicht von Lastfuhrwerken besetzt werden darf. Die Reinigung der Trottoire ist eine Finanzfrage und nur durch eine Erhöhung der Straßeneinigungsmittel durchzuführen. Der Wunsch Stelling's ist nicht zu erfüllen.

H e n k (Bültwich) steht in der Einführung rettender Schutkleute auf dem Lande keinen Vorteil. Er wünscht diese wieder in stationierte umgewandelt. Für das Hochfenwerk

seien zwei Schutkleute vorhanden, die ganz gut auch die umliegenden Dörfer beaufichtigen könnten; dadurch würde ein Ersparnis eintreten. Rechner stellt einen entsprechenden Antrag, der auch die telephonische Verbindung mit den stationierten Schutkleuten vorsieht.

Senator Dr. N e u m a n n kann nicht allen Dörfern einen stationierten Schutmann zubilligen. Auch in anderen Staaten sei dies nicht der Fall.

St e l l i n g: Zum mindesten muß die Frage geprüft werden, ob bei vorheriger Meldung beim Polizeiamt die Trottoirs gereinigt werden können. Obligatorisch kann man freilich diese Reinigung nicht machen.

T e g m e n e r (Moisting) möchte die berittenen Schutkleute ebenfalls abgeschafft sehen. Telephonische Verbindung mit den auf dem Lande stationierten Schutkleuten wäre jedoch von Vorteil.

D r. B e n d a spricht den berittenen Schutkleuten das Wort. Die Abschaffung derselben wäre ein Rückschritt.

D a h m s wendet sich gegen Stelling's Wunsch, Hafens- und sonstige Arbeiter hätten dadurch gerade passende Arbeitsgelegenheit.

D r. W i t t e r n wünscht die Worterteilung zu den bestimmten Anträgen und nicht der Reihe nach.

D r. W e g l e glaubt, die Landleute würden sich bei stationierten Schutkleuten besser stellen als bei berittenen.

H e n k (Bültwich): In Travemünde wurde der „Barricade“ doch auch abgeschafft. Der Rad ist der „Nagabund“ besser zu fassen als zu Pferd. Als das Hochfenwerk gebaut wurde, war man seines Lebens nicht sicher, da wurde geschossen und alles möglich.

M a a l (Vorrade) tritt gleichfalls für stationierte Schutkleute auf dem Lande ein.

S c h l e r s Antrag wird angenommen.

H e n k's Antrag wird dem Bürgerausschuß überwiesen.

Gefängniswesen.

K l e i n weist auf das ungünstige Verhältnis der eratsmäßig und außereratsmäßig angestellten Aufseher hin und wünscht die Wartezeit abgekürzt. Rechner bemerkt ferner die Angabe über die dienstfreie Zeit. Eine Herabminderung der Dienstzeit wäre angebracht.

Senator K u l e n k a m p: Durch eine Herabsetzung wäre den Leuten nicht ohne weiteres geholfen, weil zur Festanstellung der Zivilberechtigten notwendig sei. Mehr Dienst als anderwärts hätten die Aufseher hier nicht.

F ö r s t e r schließt sich Kleins Wünschen an. Einzelne Hilfsaufseher seien schon 12 und 13 Jahre in Dienst, ohne daß sie auf Festanstellung rechnen könnten. Nach 10jähriger Dienstzeit sollte diese erfolgen.

Senator K u l e n k a m p: Aber im Reiche geltende Bestimmungen dürfen wir nicht hinausgehen. Ausnahmen wurden gemacht.

Stadt- und Landamt.

R ö s t e r: Es sind verschiedene Kanzlistenstellen geschaffen, aber noch nicht besetzt, wie stehts damit?

Senator Dr. N e u m a n n: Es ergaben sich Schwierigkeiten, einen geeigneten Kanzlisten für das Statistische Amt zu finden. Ein dazu vorgesehener stellte höhere Ansprüche. Der Posten wird jetzt besetzt.

H ö g e r: Bei der Ergänzungswahl zum Gemeindevorstand in Moisling hat die Bevölkerung ihren Willen wiederholt unzweideutig zum Ausdruck gebracht. Der Arbeiter Schomann wurde dort mit großer Mehrheit gewählt. Trotzdem wurde eine weitere Wahl angeordnet. Das Stadt- und Landamt hatte also keine Ursache für die Festsetzung zu warten. In Stelle des Gewählten hat das Stadt- und Landamt einen Herrn zum Gemeindevorstandsmittglied ernannt, der nach eigener Aussage keine Lust zu dem Posten hat. Das Vorgehen der Aufsichtsbehörde ist nicht dazu angetan, das Verantwortlichkeitsgefühl zu dokumentieren. Jeder verständige Bürger fragt sich, warum denn eigentlich die Befestigung des Gewählten verweigert wurde. Warum hat man diesem nach der ersten und zweiten Wahl keine Mitteilung gemacht?

Senator Dr. N e u m a n n: Das Vorgehen des Stadt- und Landamts steht durchaus im Einklang mit den gesetz-

Der Wilddieb.

Erzählung von Friedrich Verstäcker.

(13. Fortsetzung.)

Die Hände um das herausgezogene Knie fest gefaltet, den Kopf auf die Brust gelenkt, saß der Wanderer auf dem Verdeck, Tage, oft halbe Nächte lang. Er sprach fast mit keinem Menschen, gab selten Antwort, wenn er angeredet wurde, und ging nur still und stumm zur Seite, wenn er fühlte, daß er irgendwo im Wege sei. Die Matrosen hatten den finstern, schweigenden Mann verspottet und zum besten haben wollen. Das aber gewöhnte er ihnen bald ab und nachdem er ihnen erst einen Beweis seiner Kraft gegeben, lernten sie das unheimlich düstere Auge des seltsamen Passagiers ordentlich fürchten und demselben ausweichen.

So passierte das Schiff nach einer glücklichen und verhältnismäßig raschen Reise den Kanal. In der Nordsee drehte sich jedoch der Wind nach Nordost um, setzte mit Regen ein und wehte noch in der nächtlichen Nacht einen fliegenden Sturm. Wohl kreuzten sie mit dichtgereiften Segeln soviel als möglich auf, um nicht gegen die flache französische Küste geworfen zu werden. Aber sie konnten ihre Höhe nicht halten. Das Schiff trieb mehr und mehr nach See zu und am nächsten Abend, während der Sturm indessen nur immer mehr an Heftigkeit zunahm, stieß das Fahrzeug auf, warf seine Masten über Bord und strandete.

Eine Szene der furchtbarsten Verwirrung folgte. Alles drängte in verzweiflungsvoller Hast nach den beiden Booten, um in diesen die Möglichkeit einer Rettung zu finden. Wie unmöglich es für sie sei, in solcher See und Brandung die Küste zu erreichen, bedachten sie ja nicht. Nur fort, nur hinaus drängten die Unglücklichen, das Schiff zu verlassen, das sie dem Verderben geweiht wußten — und draußen lauerte der Tod auf sie.

Nur einer von allen — den Kapitän ausgenommen, der ruhig seine Befehle gab, aber bei den Angstverwirrten keinen Gehorsam mehr fand — hielt sich im Draußen der Elemente so still, so ruhig, so schweigend, aber auch so fest, wie er sich bei Windstille auf Deck herum bewegt hatte. Er griff mit an, wo anzugreifen war; als sich aber alle vom Deck ab in die ins Wasser gelassenen Boote drängten, stand er still zurück, die Arme um eine der Juffen geschlagen — er, der Kapitän und der erste Steuermann, die einzigen menschlichen Wesen noch auf dem Wrack.

„Die Boote können in der See nicht leben,“ schrie der Kapitän den Leuten zu — „Ihr seid verloren, wenn Ihr abstoßt!“

Sie waren es schon. Eine rückschlagende Welle schmetterte die schwankenden Boote gegen die Seitenwand des Wracks, einige Minuten lang wimmelte es in dem weißen Schaum von mit dem Tod ringenden Menschen, dann war alles vorbei. Nur einen einzigen Matrosen hatte die Spitze der Welle emporgehoben und wieder zurück an Deck geworfen, wo er sich anklammerte. Er war wie durch ein Wunder gerettet worden.

Eine böse Nacht folgte — das Wrack setzte immer fester auf den Sand hinauf und die See brach darüber hin; aber die Pflanzen hielten noch zusammen, und gegen Morgen legte sich der Sturm. Aber erst gegen Abend — als sich die See genug beruhigt hatte — konnten sie vom Land aus gerettet werden.

Mit eiserner Ruhe hatte der „Passagier“ das alles ertragen. Kein Laut kam über seine Lippen, keine Klage — kein Jubelruf, als das rettende Boot endlich vom Land aus sichtbar wurde. Als das kleine Fahrzeug, das die Schiffbrüchigen aufgenommen hatte, den Strand berührte, als die Seeleute hinaussprangen und ihren wackeren Rettern mit Tränen in den Augen die Hände drückten, als die Frauen herbeieilten und weinten und lachten über die dem Tod Entwichenen: da schritt der Mann mit dem bleichen Antlitz und den erstarren Jügen still hindurch zwischen ihnen, daß sie ihm schen Raum gaben — immer vorwärts, den Hang hinauf und über den Hügel hin, bis er ihren Blicken entschwinden war.

Und so fort schritt er durch das Land, weiter und weiter bis zu der Stadt, wo er die Eisenbahn zuerst berührte. Sein Paß war in Ordnung, sein Geld trug er in einem ledernen Gürtel um den Leib geschmalt, und wenige Minuten später riß ihn die leuchtende Lokomotive in wilder Schnelle der Heimat — seinem Schicksal entgegen.

Wie das seine Bahn dahinsaupte, so rasend schnell, kein Halten mehr — nur dürftige Minuten, und weiter, immer weiter fort, den Tag hindurch, die Nacht entlang. Einzelne der Reisenden klagten über Zögerung der Fahrt, über Säumnis auf den Stationen — ihm flog der Zug mit Sturmes Flügeln durch die dunkle Nacht, und zu Minuten, zu Sekunden drängten sich die Stunden zusammen. Zug schloß an Zug, und jetzt war das Ziel erreicht, drüben in jenen dunkeln Kiefernwaldungen, die den Horizont umgrenzten, Hollenheit, und in der Kiefernwaldung? — Als der Heimkehrende

sein Auge zum erstenmal wieder auf die bekannte Stätte richtete, da wurde ihm das Blut zu Eis in den Adern und die Glieder zitterten ihm so, daß er sich in die Ecke lehnen und sein Antlitz mit dem Tuch bedecken mußte.

„Sind Sie krank?“ frug ihn sein Nachbar, der bis dahin unmerklich gesuchelt hatte, ein Gespräch mit dem finstern, verschlossenen Mann anzuknüpfen — aber er erhielt auch jetzt keine Antwort. Der Unglückliche hatte mit der Welt außerhalb abgeschlossen; er war tot für alles andere, und nur der Wurm in seinem Herzen lebte in ihm und bohrte und wühlte mit täglich neuer Kraft. Er selber hatte auch keinen eigenen Willen mehr; es war als ob er aufgehört habe selbständig zu handeln und der Körper von nun an einer andern Macht als seiner Seele gehorchen müsse. Er wußte, was ihm bevorstand, wie aber der ruderlose Kahn, von reizender Strömung getragen, mit dieser in wilder Schnelle dem Abgrund entgegenstieß, der ihn an dem Felsen unten zerschellen muß, so trieb es ihn, den Gezeichneten, in wilder, verzweifelter Hast, mit der er sich selber entfliehen wollte, seinem endlichen Schicksal entgegen.

Der Zug hielt. Der düstere Passagier ermannte sich, als der Name der Station ausgerufen ward, nahm sein Gepäck, das aus einem Bündel unterwegs gekaufter Wäsche bestand, stieg aus und suchte, so spät am Abend es auch war, sofort ein Geschirr zu bekommen, das ihn von der Eisenbahn nach Grafenhoff hinüberführe.

Es war eine stürmische Octobernacht, kein Mond am Himmel, und Regen und Schnee peitschten, von dem kalten Nordwest gesagt, die gelben Blätter von den Bäumen nieder. Endlich fand sich ein Kutscher, der ihn um doppelten Preis hinüberzubringen versprach, und das kleine Fuhrwerk arbeitete bald darauf, dem Unwetter entgegen, durch die Nacht.

Und still und allein im Wagen saß der Unglückliche — allein mit seinen düstern, unheimlichen Gedanken, mit dem Bewußtsein dessen, was die nächste Sonne für ihn bringen würde. Was kummerte ihn das Weiter, was der Sturm, der draußen die Bäume faste und zerkaupte. Er hörte nicht einmal, wie die Windsbraut draußen über die Höhen strich — er fühlte die einzelnen Tropfen nicht, die, kalt und stechend, bis hinein zu ihm gepfeift wurden. Ja, als der Wagen endlich, von den Scheuenden, Werben zur Seite gerissen, umschlug und in Stücke brach, wand er sich ingrimmig lachend aus den Trümmern heraus und schritt allein hinein in den wogenden Wald.

lichen Bestimmungen. Die Gründe der Nichtbefähigung sind mir zurzeit nicht bekannt, doch ist die Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie nicht ausschlaggebend dafür gewesen. Das Stadt- und Landamt sah keinen anderen Ausweg. Zu gegebener Zeit werde ich gern darauf zurückkommen.

Verhebe für Wohnungsfrage.

Dr. Schlomer: Ich habe das zu späte Erscheinen des Jahresberichts schon bedauert. Aus diesem hätte sich ergeben, ob sich die neue Organisation bewährt und eine energiegelandere Untersuchung der hiesigen Wohnungen und speziell der Gänge hatgefunden hat. Bisher war's wohl nicht der Fall. Aber kurz oder lang werden wir doch einen Wohnungsinspektor anstellen müssen. Die Denkschrift über die Zustände in den Gängen muß endlich kommen, die schlechten Zustände müssen bald beseitigt werden. Auch auf das Land muß das Wohnungskontrollgesetz ausgedehnt werden, die Zunahme der Industrie erfordert dies. Ich bin erschrocken über die Beschaffenheit der Wohnungen der Landarbeiter in rein bäuerlichen Gegenden. In Mulsdorf und Nörzde habe ich Kataster angetroffen, die die Bauern den Arbeitern zur Verfügung stellen. Die aller Beschreibung spotten. Schlechter Bau, zum Umfassen, von drei Wohnräumen ist nur einer zu gebrauchen, die andern sind niedrig, eng und muffig, die Wände und der Fußboden erbärmlich. Die zum Wohnen benutzte Stube läßt ebenfalls viel zu wünschen übrig. Sie ist überfüllt, dient zum Wohnen, Schlafen und Essen. Die Decke läßt den Regen durch, die Wände weisen Ratten- und Mäuselöcher auf. Wir lesen in dieser Beziehung viel von Ostelbien, ich habe aber Leute gesprochen, die dorthin stammen, die mir erklärten, in Ostelbien würden solche Wohnungen den Landarbeitern nicht angeboten.

Senator Dr. Neumann: Die Neuordnung der Wohnungspflege hat sich sehr gut bewährt. Der ausersehene Mann steht in seiner Arbeit eine Lebensaufgabe. Der Bericht wird in Bälde erfolgen. Die Ausdehnung der Wohnungspflege auf das Land wird zum Teil durch die Eingabemehrungen vorlagen erledigt, doch sind die ländlichen Verhältnisse nicht dazu angetan, sie vorerst weiter auszudehnen. Typisch sind die von Dr. Schlomer angeführten Wohnungen nicht.

Hent (Wittlich): Im Travemünder Bezirk sind die Wohnungen prima. (Zuruf Stellung: Na, na!) Wo schlechte Wohnungszustände sind, gehen die Kataster den Arbeitern selbst, die keine Veränderung wollen. Die Kinder sind sehr wohl gepflegt und tummeln sich auf der Straße mehr wie in der Stube. (Stellung: Im Winter auch?) Ja, auch dann, daher rühren die roten Backen, die unsere Söhne und Töchter auszeichnen. Diese Zustände müssen im deutschen Vaterlande erhalten bleiben.

Maak (Vorrade) spricht sich im ähnlichen Sinne aus. Die Leute würden sehr gern in den Wohnungen verbleiben, 20 und 25 Jahre, ein Zeichen, daß die Wohnungsverhältnisse auf dem Lande gute seien.

Dr. Schlomer: Die Leute, mit denen ich gesprochen, wohnen nicht gern dort, sie müssen aber bleiben, weil sie mit der Wohnung die Arbeit verlieren. (Zuruf bei den Soz.: Hört, hört!) Ich betone, daß die Wohnungen total feucht sind, sie schaden so auf dem Lande wie in der Stadt. Herr Senator Dr. Neumann behauptet allerdings, dem Wohnungswesen könne auf dem Lande nicht die Bedeutung wie in der Stadt beigegeben werden. Im Winter und bei strenger Kälte sowie bei Nacht muß man sich doch darin aufhalten. Die Wohnungen bilden zudem einen Teil des Lohnes. Wenn diese so gut sind, wie Herr Hent behauptet, braucht er sich dem Wohnungswesen gegenüber nicht entgegenzustellen. Die hygienischen Verhältnisse auf dem Lande sind lange nicht so gut wie angenommen wird. Diese Auffassung ist längst widerlegt. Die Krankheits- und Säuglingssterblichkeitsverhältnisse sind auf dem Lande vielfach größer als in der Stadt.

Feuerlöschwesen.

Klein wünscht die Position „Vergütung an die Mannschaft für Sicherheitsarbeiten 3470 Mk.“ ins Budget eingestellt und begründet seine Forderung. Die Feuerwehrleute befänden sich 48 Stunden hintereinander im Dienst und müßten zu jeder Stunde bereit sein. Unregelmäßig und der Gesundheit nachteilig sei auf jeden Fall dieser Dienst. Im Jahre 1910 seien 53 Erkrankungsfälle mit 672 Krankheitslagen zu verzeichnen gewesen.

Jenne wendet sich gegen die fortwährenden Anträge, die das Budget verschlechterten. Der Beruf der Feuerwehrleute bringe die Krankheitsfälle mit sich wie jeder andere auch. Man soll sich endlich mal nach der Decke strecken.

Loise unterstützt den kleinsten Antrag. Senator Dr. Fehling verkennt nicht die schwere Arbeit der Feuerwehrleute, doch sei sie in der ganzen Dienstzeit kaum vorhanden.

Dr. Fehling: Das zuletzt Angeführte trifft absolut nicht zu. Die Bürgerchaft hat erst kürzlich gegenseitlich gehandelt.

Der Antrag Klein wird abgelehnt.

Stellung: Ich will einen Fall vortragen, der sicherlich Ihr Interesse erregt. In Moorgarten erkrankte im November ein größeres Schulkind, das sofort mit dem Sanitätswagen nach dem Kinderhospital geschafft werden sollte. Der Mendorfer Gemeindevorsteher wies auf das vorhandene Geld zu den Kosten hin. Der Krankenwagen kam nicht, weil angeblich der Landweg nicht fahrbar sei. Sind die Wege so schlecht, müssen sie gebessert werden. Ich will jedoch extra betonen, daß hierauf ein anderes Fahrzeug beschafft wurde, das den Weg befahren konnte. Leider kam die Rettung zu spät. Das Kind ist 24 Stunden später gestorben. Ich glaube mit den Eltern, daß das starke Kind beim rechtzeitigen Eintreffen des Sanitätswagens eventuell hätte gerettet werden können.

Senator Dr. Neumann: Der Fall ist mir völlig unbekannt.

Wedekhoff (Reede): Hier müssen ganz besondere Umstände abgewartet haben.

Legtmaier (Moislung): Die Landwege sind einmal so schlecht, daß sie nicht befahren werden können.

Schulwesen.

Dr. Ziehl: Das Kapitel Schulwesen macht im Budget einen guten Eindruck, die Steigerung des Zuschusses beträgt nur 15 850 Mk. Weniger erfreulich ist, wenn man betrachtet, was an der Steigerung schuld ist. Die höheren Schulen erfordern von dieser Summe 10 000 Mk., die gesamten übrigen nur 5000 Mk., trotzdem wir für das höhere Schulwesen mehr als in anderen Städten ausgeben. Lübeck weist dreimal mehr Klassen in den höheren Schulen auf als Hamburg. Wir betreiben darin einen wahren Luxus. Trotz des großen Druckes durch Senat und Presse ist die Oberrealschule mit knapper Mehrheit angenommen worden. Die Steigerung des Zuschusses für höhere Schulen muß endlich aufhören. Erfreulich ist die gute Einrichtung unserer Mittelschulen, die erst jetzt von anderen Staaten nachgeahmt wird. Notwendig ist das Berechtigungsverfahren für Einjährig-Freiwillige an unsern Mittelschulen; von Vorteil die Prüfung hierzu gleich nach der Schulentlassung. Der preussische Lehrplan ist erfreulicherweise bei uns eingeführt worden. Zu bedauern jedoch ist, daß die Kinder die Einjährig-Berechtigung noch nicht erhalten, obgleich die Schulen dem preussischen Lehrplan entsprechen. Dafür sollte der Senat endlich eintreten. In Preußen werden die erfolgreichen Mittelschüler zu Maschinenbau-, Präparandenanstalten usw. zugelassen, ob unsere Mittelschüler dort auch Aufnahme finden können, weiß ich nicht. Vielleicht tritt uns Preußen wieder entgegen, weil wir nach dessen Ansicht den Lehrern nicht genügend Gehalt bezahlen wie's bei der Ernestinschule der Fall war. Die Mittelschulen bringen uns 138 000 Mk. ein, die Volksschulen nur 82 000 Mk., also ist die Lage der Mittelschulen für unsere Einnahmen nur von Vorteil.

Senator Kulekamp: Die Mehrausgaben für höhere Schulen liegen selbstverständlich in den Gehältern begründet. Das Publikum wendet sich in den letzten Jahren in der Hauptsache der höheren und speziell den Mittelschulen zu. Durch die Vergößerung erwachsen eben die größeren Kosten. Nutznießend ist der Vergleich zwischen Hamburg und Lübeck. Die Oberschulbehörde hat sich mit der Einjährig-Berechtigung der Mittelschüler in Preußen befaßt. Wie es dort gehandhabt wird, ist noch nicht bekannt, doch schließt die Behörde vorberhand die Ablegung der Prüfung vor dem 17. Lebensjahre aus. Wird hierin eine Änderung eintreten, wird die Oberschulbehörde sich sofort die Neueinführung zunutze machen.

Stellung: Die Ausführungen Dr. Ziehls, daß die Mehraufwendungen für unser Schulwesen zu zwei Dritteln den höheren Schulen zugute kommen, veranlassen mich, an eine Frage heranzutreten, die gewiß auch Ihr Interesse erweckt: an die Frage der Einheitschule. Sie ist von großer Bedeutung. Lehrerkonferenzen und Einzeltagungen haben sich dafür ausgesprochen, sie hat auch den Reichstag beschäftigt. Liberalerweise muß man zum mindesten anerkennen, daß eine Prüfung zweckmäßig und notwendig ist. Wenn man von vorhandenen Schäden unserer Volksschule reden will, so ist der schlimmste der, daß die jetzigen Schulen Klassen- und Schulstufen sind. Wer es irgendwie erschwingen kann, schickt seine Kinder nicht in die Volksschulen. Die höheren Schulen kommen für Proletarierkinder nicht in Frage. Manche Leute scheuen den Armeleidergedruck der Volksschulen, deshalb entziehen sie ihre Kinder denselben. Man muß die Frage untersuchen, wie schädlich ein solches Vorgehen wirkt. Ich bin überzeugt davon, daß der jetzige Zustand die Klaffen gegenüber verhärtet. Schon dem Kinde wird die Wichtigkeit des Heineichen Wortes eingepflanzt: Zwei Klassen gib's, die eine wird mit Sporen, mit Sätteln wird die andere geboren. Dieser Tatsache muß mit allen erdenklichen Mitteln soweit als möglich entgegengearbeitet werden. Der erste Schritt dazu ist die Aufhebung der Vorklassen an den höheren Schulen. Es muß dafür Sorge getragen werden, daß alle Kinder, ohne Ausnahme und ohne Rücksicht auf den Geldbeutel der Eltern, in die Einheitschule geschickt werden müssen. Nach Ablegung einer Prüfung sollte man dann die befähigten Kinder einer höheren Schule überweisen und nicht wie heute nur die Vermögensverhältnisse maßgebend sein lassen. Die Pädagogen unserer höheren Schulen erklären ja selbst, daß ihnen Kinder überwiesen werden, die tatsächlich dem Geforderten nicht entsprechen. Es wurde in einer Bürgerchaftskommission u. a. darauf hingewiesen, daß ein volles Drittel getrossen Mutes aus den höheren Schulen verschwinden könnte, weil sie mit dem besten Willen den Lehrstoff dort nicht bewältigen können. (Zuruf: Hört, hört!) Solche Kinder können dem Lehrplan nicht folgen und sind eine Last für Lehrer und Mitschüler. Die in der Presse vielfach erörterten Schülerelbstmorde beweisen ebenfalls, daß das heutige Schulsystem verfehlt ist. Man muß sich in das Seelenleben eines Kindes, das nicht mitkommen kann, hineinversetzen. Es muß den befähigten Kindern Gelegenheit gegeben werden, in die höheren Schulen zu kommen. Um dieses Ziel zu erreichen, ist vor allem die Beseitigung der Vorklassen notwendig. Das ist der erste Schritt dazu. Heute wird in vielen Fällen mit allen erdenklichen Mitteln darauf hingearbeitet, um den jungen Menschen die Möglichkeit zu geben, das Examen zu bestehen. Solche Verhältnisse sind doch nicht gesund, mit einem derartigen System muß man brechen. Der Einheitschule sich entgegenstellende Schwierigkeiten werden im Laufe der Zeit überwunden; wir müssen zunächst der Frage einer völligen Reform unseres Schulwesens näher treten. Daß das nicht von heute auf morgen geschehen kann, weiß ich auch. Die Kostenfrage kommt zunächst nicht in Betracht, für dieses Budget scheidet sie aus. Unser Finanzminister wird bei Verwirklichung des Gedankens der Einheitschule schon dafür Sorge tragen müssen, daß uns entsprechende Vorschläge bezüglich der Kostenfrage gemacht werden. Ich bitte Sie, meinen Antrag anzunehmen, der dahin

geht, die Bürgerchaft wolle den Senat ersuchen, ihm eine Vorlage entgegenzubringen, nach welcher die Vorklassen bei den höheren Schulen aufgehoben werden und das Schulwesen auf der Grundlage des Systems der Einheitschule mit obligatorischem Besuch aufgebaut wird. Wenn Sie diesem Antrag zustimmen, verfolgen Sie sicherlich ein gutes Ziel. Unternehmen Sie heute den ersten Schritt dazu. (Bravo b. d. Soz.)

Dr. Wittern: Herr Stellung erwartet heute gewiß nicht, daß Knall und Fall mit dem bisherigen System gebrochen werden soll; bei der Budgetberatung kann darüber zweckmäßig nicht gesprochen werden. Wenn auch die Zahl der zur Einjährig-Berechtigung fähigen Mittelschüler klein ist, wie Herr Senator Kulekamp anführte, so sind es doch die besten Schüler, und in deren Interesse ist die Einführung dieses Vorzugs geboten.

Senator Kulekamp: Nach Änderung der Behörde wird die Einführung ohne weiteres erfolgen.

Loise stellt die Einnahmen und Ausgaben der Schulen gegenüber. Er wünscht eine Erhöhung der Einnahmen. Die Ernestinschule erfordert für eine Schülerin 15 Mk., die Mittelschulen beanspruchen 50 Mk., die Bezirksschulen in Travemünde 55 Mk., die Volksschulen 75 Mk., die Realschule am Dom 80 Mk., das Johanneum 170 Mk. und das Katharineum 240 Mk. Zuschuß (Hört, hört!) pro Jahr. Ungeachtet wäre bei den beiden letzten Schulen eine Schulgeldehöhung um 40 Mk., was eine Mehreinnahme von 40 000 Mk. bringen würde.

Hauptlehrer Reimpell empfiehlt keine allgemeine Schulgeldehöhung für die besseren Schulen, doch kann er nicht einsehen, warum der Staat einen Million der Lasten für die Erziehung seiner Kinder abnehmen soll. Angebracht wäre eine Staffelung des Schulgelbes nach dem Einkommen, wie's schon bei den Volksschulen der Fall ist. Zu teuer seien die Volksschulen nicht. Herr Stellung habe die Wünsche des Deutschen Lehrervereins, die dieser seit 1875 hege, vorgebracht. Die Einheitschule sei das Ideal jedes Pädagogen. Schon Fichte habe das Volk als glückseligste bezeichnet, welches alle Schichten an der Bildung teilnehmen lasse. Die Schweizer Kantone und Süddeutschland konnten die norddeutschen Vorklassen nicht. Die Einheitschule für die ersten Schulklassen habe sich dort sehr gut bewährt.

Dr. Ziehl vermisst eine präzisere Antwort des Senats. Dieser möge sich einmal bei seinem Gesandten in Berlin erkundigen. Überschätzen würden die Eltern die Neueinrichtung gewiß nicht, im Gegenteil würden manche ihre Kinder von den höheren Schulen nehmen und in die Mittelschulen schicken. Stelling's Wünsche sind Utopien. Gewiß sei auch ihm bekannt, daß in Süddeutschland die Vorklassen fehlten, er habe selbst 7 Jahre dort gelebt, ein Vergleich mit Süd- und Norddeutschland sei jedoch aus Sprachbildungsgründen nicht angängig. In Süddeutschland hätte der Lehrer mit den Schwierigkeiten nicht so zu kämpfen wie hier im Norden. Die Aufhebung der Vorklassen würde den Schulunterricht um 1 Jahr verlängern, das von Stellung Angeführte habe nur theoretischen Wert. Die Menschen müßten sich endlich einmal daran gewöhnen, daß es im Leben Grenzen gebe, wo die Theorie aufhöre und die Praxis beginne. In zwanzig Jahren vielleicht seien die Sprachschwierigkeiten verschwunden, heute müsse mit ihnen noch gerechnet werden. Redner wendet sich des weiteren gegen die von Loise angeregte Schulgeldehöhung, die eine völlige Ausnutzung unserer höheren Schulen unterbinden würde. Lübeck sei auf den Zug von auswärts angewiesen, dieser würde aber leiden, wenn das Schulgeld erhöht würde.

Senator Kulekamp: Manche Ausführungen Stelling's sind zutreffend; die Einheitschule ist ein Ideal, das bis jetzt nur in den Vereinigten Staaten und in gewissem Sinne in der Schweiz Wirklichkeit geworden ist. In Deutschland, auch im Süden, ist sie in dieser Form nicht vorhanden. Uns würde sie sehr viel Geld kosten, deshalb ist der Antrag des Herrn Stellung nicht annehmbar. Das Schulwesen erfordert die meisten Ausgaben bei uns wie in andern Städten. Schlüsse auf den einzelnen Schülerzuschuß können kaum so gezogen werden, wie's geschehen ist. Einer Schulgeldehöhung kann ich nicht das Wort reden.

Der Wortführer setzt die Weiterberatung auf Donnerstag fest und die nächste ordentliche Sitzung auf acht Tage später. Er bittet die Bürgerchaftsmitglieder, sich kurz zu fassen.

Schulmerich: Die Oberschulbehörde müsse das längst versprochene revidierte Unterrichts-gesetz endlich vorlegen, das alle weiteren Debatten beim Etat über diesen Gegenstand überflüssig mache. Redner erklärt, für den Stelling'schen Antrag zu stimmen, trotzdem er von der Ablehnung überzeugt sei. Gerade weil der Antrag ein Ideal sei, müsse danach getrebt werden, ihn näher zu kommen. Bisher habe man in Lübeck in entgegengelegter Richtung gehandelt. (Stellung: Sehr richtig!) Mit der Einführung der Reifeprüfung werde die Mittelschule fortzulegen zur Realschule gestempelt. Weiter müssen wir die Mittelschulen mit den Volksschulen verbinden, denn bis jetzt ist noch nicht erwiesen, daß diejenigen, die die Prüfung ablegen, die Besten sind. In der Volksschule sind genug begabte Kinder, die das Ziel erreichen könnten, wenn der Vater das Geld für die Mittelschule hätte. (Zuruf bei den Soz.: Sehr richtig!) Für die Mittelschule muß die Schulgeldestaffelung genau wie in der Volksschule stattfinden. Die Hauptfrage für jeden Menschen ist die Segnung eines Kindes, das freilich bei der Volksschule fehlt, denn wer in der ist, bleibt eben darin.

Stellung: Ich will heute darauf hinweisen, daß der häufig gegen uns erhobene Vorwurf, wir seien die Urheber langer Sitzungen, bei dieser Budgetberatung doch gewiß wieder einmal nicht zutrifft. Es soll kein Vorwurf gegen Sie sein, ich bemerke das aber nur so nebenbei. Dr. Ziehl's Gründe gegen meinen Antrag sind nicht stichhaltig. Ich kann die Auffassung nicht verstehen, daß die Sprachausbildung in Süddeutschland wesentlich anders sein soll als im Norden. Gewiß haben wir hier mit dem Niederdeutschen zu rechnen, aber wo wird besseres Deutsch gesprochen, in Südober- oder Norddeutschland? Sicher im Norden, das nicht die vielen Dialekte aufweist, wie Süddeutschland. (Sehr richtig!) Herr Dr. Ziehl ist im Irrtum, wenn er glaubt, daß ich beim Übergang in eine höhere Schule ein Examen verlange. Nein, ich will nur eine Prüfung und das ist doch ein himmelweiter Unterschied. Der Lehrer muß nach dieser ersten Schulzeit doch die Fähigkeit beurteilen können. Ausnahmen bestätigen nicht die Regel. Ich hätte die Begründung ausführlicher gestalten können, habe mich jedoch auf das Notwendigste beschränkt. Ich freue mich, daß die Herren Reimpell und Schulmerich sich ergänzt haben. Nehmen Sie trotz allem meinen Antrag an und bekunden Sie damit den Willensausdruck der Bürgerchaft.

Zwan Dreyer erhofft bald eine Vorlage über Schulgeldehöhung.

Aug. Bape: Durch eine Schulgeldehöhung würden wir die Fremden abhalten; zum Sparen findet sich anderwärts Gelegenheit. Schon vor 10 Jahren habe ich die Beseitigung der Vorklassen gefordert. Dem Antrag des Herrn Stellung muß zugestimmt werden, um überhaupt vorwärts zu kommen. Gut wäre die Aufhebung des Lehrerfeminars, das sich nicht rentiert. Redner stellt einen dahingehenden Antrag. Der Direktor des Seminars könnte dann auf die

Holla — Sie da — lieber Herr! Ichrie ihm der arme Teufel von Kutcher nach, Sie wollen mich doch hier nicht bei Nacht und Nebel und dem Wetter allein mit dem zerbrochenen Wagen sitzen lassen? — Sie finden ja auch den Weg nicht in der Finsternis!

Keine Antwort — die düstere Gestalt tritt schweigend hinein in die Nacht, und der Kutcher murmelt, sich ängstlich betreuend:

Wenn das nicht der böse Feind war, der mich in dem Wetter hierher geführt will ich nicht selig werden — Herrgott — er lachte auch noch — o, alle guten Geister!

Er hatte recht. Schauerlich mit dem heulenden Sturm gellte das rauhe Lachen des dunklen Wanderers, der dem Wetter entgegenarbeitete, zu ihm herüber.

Hahahaha — alles muß untergehen, was meiner Fahrt folgt. Verflucht — ein Ausgehöner der Erde, soll ich allein die dunkle Schreckensbahn verfolgen. Alles, was ich mein nannte auf der Welt, an dem mein Herz noch hing, in dem es noch Vergeffen seines Glanzes finden konnte — es ist tot — tot — tot — das Schiff, das mich führte, zerstückt, der Wagen zerfällt, der den Verdamnten getragen, in Stücke auf der Straße. — Und wie der Sturm mir entgegenpeitelt, als ob er alle Kraft anwenden wollte, mich von dort zurückzutreiben, wo ich Ruhe finden will und muß! — Ruhe — Ruhe — endlich Frieden für dies arme unglückselige Haupt! — Ja tobe nur! und wenn Du mir den ganzen Wald in meinen Weg schickst, und wenn ich über jeden einzelnen Stamm hin die mühselige Bahn suchen müßte, mich treibt Du nicht mehr zurück. — Heil! wie das pfeift, wie das rast — blas, alter Bursche, blas und nimm die Waden voll — hier ist ein Fahrzeu, das Dir in die Zähne fährt — ein lebendes Gepardenstier, das gegen Wind und Wetter nur dem einen festen Ziel entgegenstrebt — dem Tod!

Es war fast als ob die frevelnden Worte den Sturm zu zweifacher Wut aufgeregelt hätten. Die schwere Gestalt des Mannes konnte sich kaum gegen die Macht stemmen, die sich ihm entgegenwarf und alte weitersteht Stämme, die einem Jahrhundert trotzig die Stirn geboten, riß er aus und schmetterte sie in den Pfad des unglücklichen Wanderers. Rechts und links vor ihm und zurück brach und prahlte es und stürzte tragend plitternd auf den Boden, aber er achtete es nicht. Die Zähne fest zusammengebissen, mit jedem Fußtritt Boden hier bekannt, drängte er weiter, weiter an gegen den Sturm, sich seinen Weg oft Schritt vor Schritt erkämpfend, bis endlich mit der Morgenämmerung unten im Tal von grauen jagenden Wölfen überhangen, der kleine Ort vor seinen Thüren lag.

(Fortsetzung folgt.)

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“

Berlin, den 19. März 1912.

81. Sitzung. Abendssitzung.

Am Bundesratsstisch: Dr. Delbrück.

Präsident Kämpf erklärt, daß er den Abg. Cohn (So.) wegen seiner Äußerung über den Meinungsstand eines Schutzmanns nicht unterbrochen habe, weil nach seiner Ansicht der Redner nicht habe ausprechen wollen, daß der Minister einen des Meineids überführten Schutzmann im Amte behalten habe.

Staatssekretär Dr. Delbrück: In der Rede des Abg. Cohn heißt es: Eine verartige Verleumdung nimmt sich umso eigentümlicher aus im Munde dieses Ministers des Innern, der an der Spitze einer Behörde steht, von der einzelne Mitglieder in der Öffentlichkeit schwerer Verbrechen überführt sind. (Stürmisches Hört, hört! rechts.) Ich kann diesen Passus nur so auffassen, daß dem Minister der Vorwurf gemacht wird, daß er in dem ihm unterstellten Ressort Leute duldet, die schwerer Verbrechen überführt sind. (Sehr richtig! rechts.) Wegen eine derartige Kritik muß ich hiermit ausdrücklich Verwahrung einlegen. Sie befaßt sich mit der Geschäftsführung des Ressortchefs eines Bundesstaats, die zu üben ist dem Reichstage oder einem einzelnen seiner Mitglieder ein verfassungsmäßiges Recht nicht zuzuerkennen. (Stürmischer Beifall rechts, große Unruhe links, Zurufe bei den Soz.: Aber wir wollen uns von einem preußischen Minister beschimpfen lassen! Ein Konservativer schreit: Ruhe drüben! worauf aus den Reihen der Sozialdemokraten die Antwort kommt: Hier ist doch kein Herrenhaus! Hier ist der Reichstag die Volksvertretung!) Diese Kritik ist aber an einem Abwesenden gerichtet, der wegen der Immunität der Abgeordneten sich außerhalb des Hauses keine Genugtuung verschaffen kann. (Stürmischer Beifall rechts.) Die Frage, ob ein Beamter, der in der Öffentlichkeit eines schweren Verbrechens überführt ist, gerichtlich verfolgt werden soll oder nicht, wird ohne jede Mitwirkung des zuständigen Ressortchefs entschieden. Eine gerichtliche Verurteilung wegen eines solchen Verbrechens hat ohne weiteres den Verlust des Amtes zur Folge. Es ist also völlig ausgeschlossen, daß der preußische Ressortchef Beamte, die schwerer Verbrechen öffentlich überführt sind, pflichtwidrig im Amte behält. (Bravo! rechts.)

Präsident Dr. Kämpf: Meine Stellung deckte sich vollständig mit den Äußerungen des Staatssekretärs. Hierauf wird in die Tagesordnung eingetreten. Die vorher diskutierte Resolution der Volkspartei zum „Statistischen Amt“ wird angenommen. Es folgt das Kapitel

Gesundheitsamt.

Hartrath (Z.) befürwortet eine Resolution, die für die Einfuhr ausländischer Weine scharfe Rekontrollen verlangt.

Dr. Quard (So.): Beim Reichsgesundheitsamt muß die Fleischsteuerung erleichtert werden. Es liegt hierzu eine freisinnige Resolution vor, die die Einfuhr von ausländischem Speck und Schinken erleichtern will und eine unseiner Partei, die mit größter Beschleunigung eine Novelle zum Fleischbeschaugesetz verlangt, durch welche die Einfuhr von ausländischem Gefrierfleisch, Wachsenfleisch und Wurst ermöglicht wird. Die Regierung hat den Wünschen der Agrarier nachgegeben und durch die Ausführungsbestimmungen die Einfuhr ausländischen Fleisches noch über die Vorschriften des Gesetzes hinaus erschwert. Es wird nämlich eine Sendung vernichtet, wenn auch nur ein einziges Stück fehlerhaft ist. Kollege Leube hat deshalb dem preußischen Landwirtschaftsministerium Handeln wider Treu und Glauben vorgeworfen.

Präs. Kämpf erklärt einen solchen Vorwurf für unzulässig.

Dr. Quard (fortfahrend): Die Fleischsteuerung braucht wahrlich nicht noch durch statistische Zahlen bewiesen werden; die Bevölkerung fühlt sie und hat bei den Wahlen darüber quittiert. Die Regierung sollte doch ruhig werden, wenn sie sieht, wie sie alle Kreise gegen sich hat und für sich lediglich die Nutznießer des Fleischwuchers. (Lebhafte Zustimmung links.) In den Kreisen der Arbeiterfamilien ist die Fleischfrage eine ganz ungeheure geworden. Die Herren von der Regierung ahnen gar nicht, in welcher Weise die Frauen sich abmühen, um wenigstens für den Mann, den Ernährer der Familie, ein Stückchen Fleisch sich abzurufen. Hier sollte das Reichsgesundheitsamt mit aller Macht eingreifen, um die Zustände zu ändern. Aber alle Bemühungen um bessere Volksernährung scheitern an dem ebernen Felsen der Interessenspolitik. Dabei könnte die Regierung sich sehr wohl auf einen Block für billige und gesunde Volksernährung stützen. (Zustimmung links.) Statt dessen treibt die Regierung und die Rechte die gedankenlose und verantwortungsvolle Politik der Verneinung.

Präsident Kämpf: Sie dürfen der Regierung nicht gedankenlose Politik vorwerfen.

Dr. Quard (fortfahrend): Dann will ich sagen, Sie treibe die Politik der Verneinung, die Sie uns immer vorwerfen. Aber Sie werden damit scheitern, denn der Erfolg ist bei uns. (Lebh. Bravo! b. d. Soz.)

Dr. Blankenhorn (N.) begründet eine Resolution seiner Partei, wonach bei der Beurteilung der Einfuhrfähigkeit ausländischer Weine auch die Geschmacksprobe und die Geschäftspapiere berücksichtigt werden sollen.

Dr. Strove (FvP.) tritt für eine Resolution der Volkspartei ein, die ein Krankenpflegergesetz verlangt und beschwert sich über die Zurückweisung von Medizinalpraktikanten wegen ihres Glaubens, die in Brüg und Lübeck erfolgt ist.

Staatssekretär Delbrück: Wir können die Krankenanstalten nicht zwingen, alle sich meldenden Praktikanten anzunehmen.

Grober (Z.): Die Zurückweisung von Medizinalpraktikanten lediglich aus konfessionellen Gründen ist eine Verletzung des Gesetzes über die Gleichberechtigung der Konfessionen. (Lebh. Sehr richtig!) Was heute den Israeliten passiert, kann morgen dem Katholiken passieren. Wir müssen vom Staatssekretär verlangen, dem Gesetze Achtung zu verschaffen.

Dr. Waldstein (FvP.): Der Staatssekretär erklärt hier eine staatliche Importzölle, die sehr im Gegensatz zu den sonstigen Machtstücken des Staates steht. (Lebh. Beifall.)

Hierauf verlag das Haus die Weiterberatung auf Mittwoch 1 Uhr.

Schluß 11 1/2 Uhr.

Berlin, den 20. März 1912.

81. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstisch: Dr. Delbrück, Kühn.

Die Beratung des Stats des Reichstags des Innern wird fortgesetzt beim Kapitel

Gesundheitsamt.

Dr. Burdhardt (FvP.) fragt, wie es mit der Regelung des Apothekenwesens steht.

Staatssekretär Dr. Delbrück: Hierüber (Schweben Verhandlungen zwischen den einzelnen Regierungen. Graf von Posadowsky (Wild) wünscht den Erlass eines Reichsgesetzes, um die Anwohner der Elbe, Saale und Unstrut gegen die Schäden zu schützen, die ihnen durch die Verfallung des Flußwassers infolge der Kallwerte entstehen.

Staatssekretär Dr. Delbrück: Diese Frage wird augenblicklich erwogen; vielleicht werden sich die beteiligten Regierungen unmittelbar verständigen, sodas ein Reichsgesetz unnötig ist.

Wey (Soz.): Ich hätte gewünscht, Graf Posadowsky hätte diesen Dingen schon seine Aufmerksamkeit gewidmet, als er noch Staatssekretär war (sehr richtig und Beifall bei den Soz.), dann wäre der Stadt Magdeburg wohl länger geholfen. — Zu der Debatte von gestern abend möchte ich nur bemerken, daß wir volle Partitität für alle Glaubensbekenntnisse, aber auch für solche Weltanschauungen verlangen, die sich in den Rahmen des religiösen Bekenntnisses nicht spannen lassen, ebenso wie wir Partitität für alle politischen Überzeugungen fordern. (Sehr richtig! bei den Soz.) Für die Klagen der weinbauenden Bevölkerung haben auch meine Freunde helles Auge und offenes Ohr. Ich lehne aber die geforderte Verstärkung des Schutzzoll ab. Dabei möchte ich fragen: Wo bleibt das seit Jahren versprochene Nahrungsmittelgesetz? Die landesgesetzlichen Bestimmungen genügen nicht mehr. Eine reichsgesetzliche Regelung wird um so notwendiger, je schwieriger sich die Ernährungsfrage gestaltet, und gewissenlosen, profitstüchtigen Fälschern ein großes Gebiet der Betätigung gibt. Ich erinnere an die Vergiftung durch Methyloalkohol im Nigl für Obdachlose. Speziell habe ich mich zum Wort gemeldet, um Sie zu bitten, zu folgender Resolution Ihre Zustimmung zu geben: „Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, bei Erhebungen über den Gesundheitszustand der Arbeiter in der chemischen Industrie auch Vertreter von Arbeiterorganisationen der chemischen Industrie zur Mitwirkung heranzuziehen.“ Für die in Aussicht gestellten Erhebungen möchte ich einige Wünsche äußern. Der dringend notwendige Schutz der Giftarbeiter sollte nicht auf die lange Bank der Erhebungen geschoben werden. In andern Ländern, wie England, Belgien, Portugal, Dänemark besteht ein solcher Schutz bereits. In Österreich und Italien gibt es auch Bestimmungen zum Schutze der Zellulosearbeiter. Deutschland steht im Schutze der Giftarbeiter hintenan. Dabei ist die Rentabilität der Betriebe der chemischen Industrie doppelt so gering, als in den übrigen Industriezweigen. Die höchsten Farbwerke hatten z. B. 1910 einen Reingewinn von über 14 Millionen, die Badische Anilin- und Sodafabrik von über 12 Millionen, die Elberfelder Farbwerke von 18 1/2 Millionen. Die sozialen Kosten erfordern etwa 1,2 Proz. des Reingewinns dieser Werke, könnten also sehr wohl erhöht werden. (Sehr wahr b. d. Soz.) Dringend notwendig ist auch ein vermehrter Schutz der Arbeiter in Bleiweißfabriken. Ich hatte mir gestattet, einige Bilder auf den Tisch des hohen Hauses niederzulegen, welche die Folgen der Bleiweißvergiftung wiedergeben. Die Erhebungen der Bleiweißfabriken ergeben deshalb ganz falsche Resultate, weil die Arbeiter, die in den Bleikammern zu tun haben, dabei ganz außer Betracht gelassen werden, während gerade sie den Vergiftungsgefahren am meisten ausgesetzt sind. Diese Arbeiter werden aus anderen Betrieben oder sonst wo zu dieser Arbeit herangezogen und gehen dann wieder ihres Weges, sodas sie von der Krankheitsstatistik der Bleiweißfabriken nicht erfasst werden. Die Gefahren der Bleiweißvergiftung könnten zum großen Teil vermieden werden, wenn das nasse Verfahren vorgeschrieben würde. Die Bleiweißverordnung sollte daher dahin ergänzt werden, daß das trockene Verfahren bei der Bleiweißherzeugung untersagt wird. Das nasse Verfahren geht auch rascher, liegt also auch im Interesse der Unternehmer. Eine Veröffentlichung des internationalen Arbeitsamts hat über 70 Substanzen festgestellt, durch welche gewerbliche Vergiftungen veranlaßt werden. Ich habe auch hierfür einige Abbildungen ausgelegt, die für die Hygieneausstellung in Dresden bestimmt waren, bei der bekanntlich den Gewerkschaften die Teilnahme unumgänglich gemacht wurde. Dringend notwendig ist, daß die Arbeiter als kontrollierende Instanz bei den gedachten Erhebungen hinzugezogen werden, weil sie einmal die Erfahrung der Praxis mitbringen und weiter jede Schönfärberei verhindern. Wie notwendig das ist, beweist z. B. die Tatsache, daß in den Berichten der Offenbacher Betriebskrankenkassen Bleiweißvergiftungen nicht aufgeführt sind, während die Offenbacher Ortskrankenkasse solche Krankheitsfälle feststellt. Ich verweise ferner darauf, daß auf der Hygieneausstellung ausgedruckte Wandtafeln und Brochüren über gewerbliche Erkrankungen durch den Redakteur eines Gewerkschaftsblattes, Schneider, als falsch nachgewiesen und daraufhin geändert werden mußten. (Hört, hört! bei den Soz.) Auch die Erhebungen des Vereins zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie, die mit dem ausgesprochenen Zweck verankert waren, zu beweisen, daß die Vergiftungen in der chemischen Industrie nur eine geringe Rolle spielen, wurden als falsch in ihrer Methode und ihren Ergebnissen nachgewiesen. In all diesen Fällen sind die falschen Ziffern nicht Zufall, sondern Absicht, um die öffentliche Meinung und die Aufsichtsbehörden irre zu führen. Wie erwarten daher, daß die Regierung dem Wunsche unserer Resolution Folge gebe und Vertreter der beteiligten Arbeiterorganisationen bei den Erhebungen heranziehen wird. Das ist notwendig, wenn der Zweck durch die Erhebungen erreicht werden soll, einem wirksamen Schutze der Giftarbeiter vorzubereiten. (Bravo! bei den Soz.)

Ministerialdirektor Dr. Caspari: Wenn das Ausland besondere Vorschriften für die Giftarbeiter erlässt, so deshalb, weil ihm die Möglichkeit zu allgemeineren Vorschriften, wie wir sie durch die Gewerbeordnung haben, fehlt. Daß die großen Betriebe der chemischen Industrie nur für den Profit arbeiten, muß ich zurückweisen. Gerade sie haben mühseligste Einrichtungen für den Arbeiterschutz, wie sie sonst kaum in der Welt vorkommen. Für Bleifarbenfabriken, Bleihütten usw. sind von uns eine große Reihe allgemeiner Verordnungen erlassen. Auch den Bleiweißfabriken widmen wir fortgesetzt eingehende Aufmerksamkeit. Vorschriften für Zellulosefabriken sind in den Einzelstaaten vorgegeben. Die Hinzuziehung von Arbeitern bei solchen Erhebungen ist schwer möglich, weil es nicht leicht ist, die geeigneten Arbeiter zu finden. Die Verhältnisse in den einzelnen Betrieben sind so verschieden, daß Vertreter der Organisationen hier nicht als geeignete Auskunftspersonen in Frage kommen, sondern höchstens Arbeiter des betreffenden Betriebes. Auf diesem Gebiete sind daher Chemiker und Ärzte geeigneter Auskunftspersonen, da Arbeiter nicht die wissenschaftlichen Kenntnisse haben können, die notwendig sind, um diese Fragen zu beurteilen.

Sepp (N.): Herr Abg. Dr. Quard behauptete, es set eine Unterernährung des Volkes infolge Fleischmangels vorhanden. Demgegenüber stelle ich fest, daß der Fleischkonsum pro Kopf gestiegen ist. Die deutsche Landwirtschaft deckt fast den ganzen deutschen Fleischbedarf; wir brauchen aber einen ausreichenden Vorrat, denn wir Bauern wollen dem deutschen Volke gesundes Fleisch liefern. (Bravo! bei den Partid.)

Erneitenschule übertreten, denn es sei ja gewünscht worden, daß ein Lübecker den Posten bekomme.

Hauptlehrer Reimpell erwidert dem Senatskommissar, daß München die Einheitschule habe. Diese Stadt habe die wenigsten Kinder in Privatschulen. Noch kein Minister habe seine Kinder der Einheitschule entzogen, die auch eine eminent politische Bedeutung habe und verschiedene Volksschichten innerlich einander näherbringe.

Senator Kulenkamp spricht sich gegen die Aufhebung des Lehrerseminars aus, dessen Kosten durch den Zuschuß aus Oldenburg vermindert würden. Die aus Preußen kommenden Lehrer würden sich bei uns nicht verbessern, deshalb haben wir auf einen Zuzug von dort kaum zu rechnen. Es sei auch der gegenwärtige Überfluß an preußischen Lehrern nicht immer vorhanden.

Aug. Wape: Auf unsere Kosten für die Nachbarstaaten das Lehrerseminar zu unterhalten, liegt kein Grund vor. Kein anderer Staat hat für unsere Lübecker Lehrer Stellung, möhin sie sich auch wenden mögen, werden sie abgewiesen. Allein können wir uns den Luxus eines Seminars nicht leisten; die Nachbarstaaten müssen dazu beitragen.

Hauptlehrer Reimpell: Wenn ein junger Mann nach Absolvierung einer höheren Schule ins Seminar übertritt, kommt er zwei Jahre früher zum Ziel. Eine Aufhebung des Seminars ist zurzeit nicht zu empfehlen, trotzdem es heute die Bedeutung nicht mehr hat wie früher.

Dr. Ziehl: Der Staat braucht die höheren Schulen zur Ausbildung seiner Beamten, Richter usw., deshalb muß der Zuschuß geleistet werden. Die Aufhebung dieses Zuschusses würde den Staat in zehn Jahren eines anderen begeben.

Prof. Dr. Grube führt aus, weshalb hiesige Oberlehrer sich fast garnicht um den Direktorposten bei der Erneitenschule bewerben, oder ihre Bewerbung wieder zurückgezogen haben. Nach der erfolglosen Eingabe eines hiesigen Lehrers hätten seine Kollegen von einer weiteren Bewerbung abgesehen. Redner bittet, in Zukunft Lübecker Oberlehrer bei der Befegung solcher Ämter in erster Linie zu berücksichtigen.

Stellings Antrag wird abgelehnt.

Aug. Wape kommt auf den Erneitenschuldirektorposten erneut zu sprechen und empfiehlt, dem Schulrat die Differenz in der Gehaltsbemessung aufzuhalten, dem die Schuld zuzuschreiben sei, wenn kein Direktor zu dem zuerst ausgeworfenen Gehalt angestellt werden konnte.

Dr. Wittern führt die mangelnde Bewerbung um den Direktorposten der Erneitenschule auf die unzulängliche Gehaltsbemessung zurück und sucht das durch die Zitterung eines Briefes von einem auswärtigen Schuldirektor zu beweisen.

Mantau: Dr. Wittern hat nur die Ausführungen Aug. Wapes und Prof. Grubes bestätigt, die bezugten, daß die mangelnde Bewerbung des Direktorpostens auf die Art der ganzen Behandlung vom Senatsstische aus zurückzuführen ist.

Der Wortführer erklärt diese Angelegenheit für längst erledigt.

Dr. Wittern entgegnet in erregten Worten Mantau, der ihm vorgeworfen habe, einen Brief nicht richtig lesen zu können.

Senator Kulenkamp weist die Unterstellung Mantaus zurück, daß vom Senat irgendwelche Machenschaften unterstützt worden seien, die zuungunsten der Lübecker Oberlehrer wirkten.

Mantau und Dr. Meyer äußern sich weiter über diesen Punkt. Letzterer erklärt, daß die Bewerber aus Preußen gar nicht anders handeln konnten, als sie getan hätten.

Der Antrag Aug. Wape auf Aufhebung des Lehrerseminars wird abgelehnt.

Gewerbeschulen.

Müller wendet sich dagegen, daß man in der Gewerbeschule den Fachunterricht mehr und mehr zu beseitigen strebe. Gerade für das Baugewerbe sei ein solcher Fachunterricht durch Fachleute notwendig. Redner erhebt darun, daß in der Gewerbeschule der Fachunterricht wieder mehr eingeführt werde.

Oberschulbehörde (Ausgaben).

Mantau bittet die Zahnpflege in den Volksschulen einzuführen. Gefunde Zähne seien für das gesamte Wohlbefinden von größter Bedeutung, in über hundert Schulen sei die Zahnpflege eingeführt. Der Staat sollte der Billigkeit willen mit der Ortskrankenkasse in Verbindung treten. Redner stellt den Antrag, die Zahnpflege in den Volksschulen in Erwägung zu ziehen. Mit 2000—3000 Mk. wäre die Sache gemacht.

Senator Kulenkamp: Es ist nur eine Finanzfrage, der Zahnpflege in den Schulen steht der Senat nicht entgegen.

Dr. Ziehl steht in der Einführung der Zahnpflege nur eine Agitation der Zahnärzte zu ihren Gunsten. Untersuchungen hätten ergeben, daß Kinder mit guten Zähnen schlechten und Kinder mit schlechten Zähnen guten Gesundheitszustand aufwiesen. Für Waldschulen und Ferienkolonien wäre das Geld besser angebracht.

Dr. Schlomer: Wir sind von Dr. Ziehl gewohnt, daß er jedem Fortschritt mit den neuesten Forschungen“ entgegentritt. Voriges Jahr war es der Fall mit der orthopädischen Behandlung, jetzt wieder mit der Zahnpflege. Gewiß wird auch übertrieben. Jedenfalls ist nicht zu leugnen, daß die Zahnpflege von großer Bedeutung für die Ernährung und Gesundheit des Körpers vor allem des Kindes ist. Die Oberschulbehörde darf Dr. Ziehls Einwänden nicht folgen, sondern muß endlich den Versuch wagen, den ich schon vor zwei Jahren angeregt habe.

Hauptlehrer Reimpell: Von den Volksschülern befragen 89,91 Proz. Knaben und 29,28 Proz. Mädchen schlechte Zähne.

Dr. Ziehl: Ich rede nicht aus der Theorie, sondern nach den Ergebnissen der Praxis.

Buchwald erachtet die Bürgererschaft in dieser Frage nicht für kompetent.

Dr. Schlomer billigt Buchwalds Einwand nicht. Wenn einzelne Ärzte Gegner der Zahnpflege seien, brauche sich die Oberschulbehörde darum nicht zu kümmern. Dr. Ziehl habe selbstredend das Recht anzuführen, was ihm beliebt; er müsse aber dabei darauf hinweisen, daß die Forschungen erst neuesten Datums seien. Redner tritt für Mantaus Antrag ein.

Der Antrag Mantau wird angenommen.

Mantau stellt ferner eine Anfrage über eine Beamtenanstellung und erhält entsprechende Auskunft.

Hauptlehrer Reimpell findet die Kosten der Gewerbeschule ziemlich hoch. Durch bessere Berechnung würde sich für die Volksschulen ein Plus von 80000 Mark ergeben.

Senator Kulenkamp bestreitet dies.

In der weiteren Debatte wird der Genieschen Freischule für dieses Jahr der bisherige staatliche Zuschuß bewilligt.

Fortsetzung Donnerstagabend 6 Uhr.

Schluß 11 Uhr 15 Minuten.

Fischer (Op.) begründet die Resolution der Volkspartei, welche verlangt, die bei der Einfuhr von ausländischem Speck und Schinken im Fleischbeschaugesetz vorgesehenen Ausnahmen von der 4-Kilo-Grenze auch auf selbständige, leicht zu untersuchende Organe (Leber und Zunge) auszudehnen und tritt für die sozialdemokratische Resolution auf Zulassen von ausländischem Gefrierfleisch ein, die dringend nötig sei, um dem Unterkonsum in der Arbeiterbevölkerung zu steuern. Weiter wünscht der Redner eine Vereinfachung und Vereinfachung der Erziehungsinstruktionen.

Vaumann (Z.) empfiehlt die Zentrumsresolution auf Verschärfung der Einfuhr ausländischer Weine.

Geheimrat von Stein: Die Redner haben anerkannt, daß das Weingesetz sich bewährt hat. Bei der Ausübung der Kontrolle ist für die Behörden lediglich das Gesetz maßgebend.

Präsident des Reichsgesundheitsamts Dr. Baum: Das Gesundheitsamt muß zweifellos dafür sorgen, daß Fleisch in ausreichender Menge zur Verfügung steht, aber auch dafür, daß dieses Fleisch gesund ist. Deshalb ist die Fleischkontrolle für inländisches wie für ausländisches Fleisch eingeführt. Die Kontrolle im Auslande ist keineswegs einwandfrei. (Sehr richtig!) Alljährlich werden viele Sendungen aus dem Auslande beanstandet. Es ist übrigens ein Irrtum, daß durch die Einfuhr von Büschelfleisch, Würst und Leber einer Unterernährung irgendwie gesteuert werden könnte; für die Volksernährung muß man sich auf die inländische Fleischproduktion verlassen. (Leb. Zust. rechts.)

Dr. Becker (b. l. W.): Von einer Unterernährung des Volkes zu sprechen, ist bei den gegenwärtigen Verhältnissen ganz unangebracht. Der Fleischgenuß allein ist überhaupt nicht maßgebend für die Ernährung, übermäßiger Fleischgenuß ist ebenso schädlich wie übermäßiger Alkoholgenuß. (Lachen b. d. Soz.)

Dr. von Schulze-Gövernitz (Op.): In der national-liberalen Resolution wird die Zulassung der Geschmacksprobe bei ausländischen Weinen verlangt. Da bitte ich doch zu bedenken, daß auch die menschliche Zunge nur eine beschränkte Größe ist. (Gr. Heiterkeit.)

Pauly-Cochem (Z.) verliest eine Rede über die Weinfrage.

Vizepräsident Dove verweist den Redner wiederholt zur Sache, worauf der Redner kurz abbricht. (Heiterkeit.)

Leube (Op.): Wäre das ausländische Rindfleisch so gesundheitsgefährlich, wie die Agrarier immer behaupten, so wäre England längst ein großes Felchenfeld. (Sehr richtig! links.) Was die Herren rechts für die Fleischnot übrig haben, beweist die „Deutsche Tageszeitung“, die das Volk auffordert, den Widerwillen gegen Pferdefleisch zu überwinden. (Hört, hört! links.)

Dr. Blum (Op.) tritt für reichsgerichtliche Regelung der Arbeitsverhältnisse des Krankenpflegepersonals ein, das ganz außerordentlich unter Verunsicherungen leidet.

Ministerialdirektor Casper: Die Erhebungen über die Verhältnisse des Krankenpflegepersonals sind abgeschlossen und werden im Reichsgesundheitsamt bearbeitet. Von dem Resultat wird es abhängen, ob einer reichsgerichtlichen Regelung näher zu treten ist.

Schwarz (Z.) erörtert die Gefahren des Rückganges der Geburtsziffern. Es sei eine bedauerliche Erscheinung, daß kinderreiche Familien von den Hausbesitzern ungern gesehen würden. Sogar Dienstverträge gäbe es, worin Entlassung vorgesehen sei, wenn die Familie des Angestellten größer werde. Redner tritt weiter den Ausführungen des Abgeordneten Dr. Blum über den Schutz des Krankenpflegepersonals bei.

Racken (Z.) spricht für völlige Arbeitsruhe an den hohen Festtagen in den Metallhütten und Walzwerken.

Rinke (Z.) führt Klage über die Staubplage durch elektrische Bahnen und Autos.

Regierungsrat **Lehmann** erwidert, die Staubplage könne nicht durch das Gesundheitsamt, sondern nur durch gute Straßen beseitigt werden.

Damit schließt die Diskussion.

Alle Resolutionen werden angenommen, ebenso das Kapitel „Gesundheitsamt“.

Hierauf wird die Weiterberatung des Stats vertagt auf Donnerstag 1 Uhr.

Schluß 7 Uhr.

Aus der Partei.

Eine forrigierte Behörde. Vor einigen Wochen wurde in Altenloß bei Bayreuth Gen. Hübnert zum zweiten Bürgermeister gewählt, vom Bezirksamt aber nicht bestätigt. Als Grund der Nichtbestätigung wurde kurzweilig auch der Austritt Hübnerts aus dem dortigen Veteranenverein angegeben. Bei der Erziehung bekam das Bezirksamt von der Bürgerchaft einen nachdrücklichen Hinweis: Genosse Hübnert wurde abermals zum zweiten Bürgermeister gewählt.

Nach dem Kampf im Ruhrgebiet.

Die Belegschaften befolgen den Beschluß der Konferenz, am Mittwoch die Arbeit wieder aufzunehmen, ohne Widerspruch. Auf einzelnen Zechen vollzog sich Mittwoch früh die Ansahrt der Streikenden ohne jede Zwischenfälle. So wurde dem Arbeiterausschuß der Zeche Hamborg mitgeteilt, daß die Streikenden wieder an ihre alten Plätze zurückkehren könnten. Andere Schächte wiesen die Arbeiter einweisen zurück. Wie es den Anschein hat, warten die Zechenbesitzer allgemein erst auf Ordre vom Zechenverband, sie haben deshalb den Arbeitern gesagt, sie sollten nachmittags einzeln wegen Arbeit nochmals anfragen. Wieder andere Zechen schreiten schon zu Maßregelungen. Auf Zeche Rollern wurde der gesamte Arbeiterausschuß, der für die Belegschaft sprechen sollte, gemahnt, und es verlautet, daß dort sämtliche Funktionäre der Bergarbeiterverbände entlassen werden sollen. Von der Zeche Hannibal werden zwei Maßregelungen gemeldet. Auf den holländischen Wöllerschächten sollen die Leute ihre Papiere erhalten, denen durch Postkarte ihre Entlassung für den Fall angedroht worden war, daß sie bis Sonnabend nicht anfahren. Einzelne Zechen geben an, daß sie noch nicht alle Streikenden wieder beschäftigen können.

Die **Arbeitsaufnahme** vollzieht sich auch in der Mittags- und Abendlicht am Mittwoch in ruhiger Weise. Die Bergarbeiter haben meist die Arbeiterausschüsse vorgeschickt, denen von den Zechenverwaltungen mitgeteilt wurde, daß die übrige Belegschaft Donnerstag früh und mittags anfahren könne.

In den Versammlungen, die Mittwochabend stattfanden, herrschte allgemein Ruhe und Ordnung. Eine Erbitterung, wie sie sich 1910 gegen die Führer hier und da bemerkbar machte, trat nirgends hervor. Viele Unorganisierte erklärten ihren Beitritt zur Organisation.

Der angeordnete Abzug der sechs Strafschichten wirkt allgemein aufregend. Auf verschiedenen Zechen hat man beruhigend auf die Leute eingewirkt und ihnen in Aussicht gestellt, daß diese sechs Schichten bei der Lohnzahlung nicht in Abzug gebracht werden sollen.

Nachdem in Bochum am Montag von der eigens gebildeten Strafkammer bereits zwei von den bisher dort anhängig gemachten 97 Anklagen verhandelt sind, wurde am Dienstag vom Schöffengericht in Herne mit den Aburteilungen der Anfang gemacht.

Zwei jugendliche Arbeiter aus Herne besuchten ihren Onkel in Herne. Sie trafen ihn vor dem Hause an. Kaum hatten sie ihn begrüßt, als sie auch schon für verhaftet erklärt wurden. Der als Zeuge vernommene Schumann wußte nichts anderes zu bekunden als folgendes: „Ich sah die Leute an der Haustür, an der Seite stehen und rief auf sie zu. Ich fragte: Na, was habt ihr denn da zu stehen? Worauf ich zur Antwort erhielt: Wir wohnen hier. Ich sagte dann: Na, dann kommt mal mit, und brachte sie beide zur Wache.“ — Auf die Frage des Richters, ob der Zeuge versucht habe festzustellen, ob die Angabe der Leute zutrefte, antwortete der Zeuge mit Nein. Und das Urteil? Der eine Angeklagte erhielt zwei Wochen, der andere zehn Tage Haft.

Eine Frau, die „Streikbrecher“ gerufen hatte, wodurch zwei Arbeitswillige sich beleidigt fühlten, wurde zu einem Monat Gefängnis verurteilt.

Das Schöffengericht Castrop, das am Sonnabend 18 Leute wegen der Worte „Pflui“ oder „Streikbrecher“ zu ein bis zwei Monaten Gefängnis verurteilt hatte, scheint also für die Aburteilungen tonangebend werden zu sollen.

Bewegungsbewegung.

Der **Streik im sächsischen Kohlenrevier.** Im Zwickauer Revier hat die Bewegung noch nicht im geringsten nachgelassen. Wenn auch die Dienstags-Nachtschicht keine nennenswerte Zunahme der Streikenden gebracht hat, so ist aus den Maßregeln der verschiedenen Werke zu erkennen, daß sich die Bergwerkbesser in schwerer Verlegenheit befinden. Sie hatten nicht erwartet, daß die künftigen Knappen und die Mitglieder anderer gegnerischer Organisationen sich so zahlreich, wie geschehen, am Streik beteiligen würden. Auf verschiedenen Werken werden die drei Schichten zu einer zusammengelegt, um wenigstens eine nennenswerte Arbeiterziffer herauszubringen. Auf einigen Werken ist der Betrieb gänzlich eingestellt. Im Revier sind 60 Gendarmen mehr als sonst stationiert, die aber keine Arbeit haben und auch keine bekommen werden. Diesen Mangel suchen verschiedene Abereifrige durch etwas heftigeres Vorgehen gegen die Streikposten wett zu machen. Besonders erfreulich ist das große Interesse der Frauen für den Streik. Die bürgerliche Presse verbreitet allerlei Schauergerüchten und sucht den Streik als bedeutungslos hinzustellen. Sie geben kaum die Hälfte der Streikenden an. Im Revier streiken zurzeit 70 Proz. der Gesamtbelegschaft. Am Schutze der Streikbrecher beteiligen sich außer den Gendarmen die Werksbeamten, die in vielen Fällen mit Knüppel bewaffnet sind, um die Arbeitswilligen vor eingebildeten Angriffen zu schützen. Im Zwickauer Bergbauzeitschrift ist die Lage des Kohlenarbeiterkampfes unverändert günstig. Die Zahl der Streikenden, die bis jetzt ununterbrochen gestiegen ist, hat Mittwoch früh eine weitere erhebliche Steigerung erfahren und die Kampfesstimmung der Bergleute hat deshalb an Frische noch gewonnen. Die Arbeiter sind überzeugt, daß die Zeit des Kampfes kaum günstiger gewählt werden konnte und sind voll Hoffnung, wenn es ihnen gelingt, weiterhin die Kolonnen der Streikbrecher wie bisher zu verkleinern, diesem Kampf mit dem notwendigen Erfolge zu Ende zu führen. Den Grubengewaltigen des Zwickauer Reviers beginnt bereits das Feuer auf den Mägeln zu brennen. Die Belegschaften sind teilweise so arg zusammengeschmolzen, daß selbst die Betriebsbeschränkungen und Beseitigung der Nachschichten nicht mehr als ausreichend angesehen werden kann. Die Herren versuchen neuerdings, Streikbrecher aus Böhmen anzuwerben. Es gelang den Streikenden, sich mit einem Abgesandten dieses Trupps in Verbindung zu setzen, um zu erreichen, daß dieser Trupp von Böhmen nicht abgeht. Auf den Wilschulschächten, wo fast 3000 Mann beschäftigt werden, sind nur etwa 100 angefahren. Auf dem Tiefbauschacht, wo fast 1000 Bergarbeiter beschäftigt werden, sind nur 260 Streikbrecher vorhanden. Auf dem Brückenbergschacht streiken rund 70 Proz. Auf dem Morgensternschacht sind Mittwoch früh nur 88 Mann angefahren, die Gesamtbelegschaft beträgt 1300. — Die Arminischen Schächte sind Mittwoch früh ebenfalls in großem Umfange ausständig geworden. 200 Bergleute sind Mittwoch früh nicht angefahren. — Auf dem Segen-Gotteschacht sind Mittwoch früh nur 30 Bergleute angefahren.

Schumacherstreik in Görlitz. In Görlitz hat am Montag die große Mehrzahl der Schumachergehilfen die Arbeit eingestellt. — Zutritt ist fernzuhalten!

Der **französischen Bergarbeiterstreik** wird uns telegraphisch gemeldet: Der Streik dehnt sich über die Gruben von Denain aus. Nach amtlichen Mitteilungen sind 3500 Bergarbeiter des Bezirks im Auslande, während 1688 noch eingefahren sind. Das Exekutivkomitee der nationalen Föderation ist Dienstag in Lens zusammengetreten, um die Sachlage im Vorbeden zu prüfen. Die Besprechungen dauern fort.

Aus dem Gerichtssaal.

Wegen Vernichtung von Postfächern wurde auf Grund des § 354 St.-G.-B. von der Strafkammer in Karlsruhe

der 34-jährige Postagent und Landwirt Raub in Leutschneureuth verurteilt. Ihm waren am 12. Januar von Karlsruhe 608 Umschläge mit Stimmzetteln der liberalen Blockpartei ausgegangen. Statt die Umschläge auszutragen, verbrannte Raub sie angeblich wegen Geschäftsermüdung.

Aus Nah und Fern.

Ein Streikender von einem Christlichen erschossen. Nach einer Meldung des Wolffischen Bureaus ist in der Nacht zum 20. März der Vorsitzende des Christlichen Gewerkschaftskartells in Linen angefallen von drei Streikenden überfallen, zu Boden geworfen und mit Stöcken mißhandelt worden. Der Angegriffene rief um Hilfe und gab zwei Schüsse ab. Durch einen Schuß wurde einer der Angreifer getroffen, so daß er tot zu Boden stürzte, während die anderen beiden entflohen. Der Angegriffene wurde nach der polizeilichen Vernehmung freigelassen. — Wir kommen auf den Fall zurück, sobald zuverlässige Nachrichten über ihn vorliegen.

Sedanummel und Schule. Zwei Arbeiter in Erfurt hatten am 2. September d. J. ihre Kinder von einem Schulausflug ferngehalten, der jährlich von der Schule zur Verherrlichung des Sedanrummels veranstaltet wird. Sie glaubten sich dazu berechtigt, weil die Kinder am offiziellen Festtag am Vormittag in der Schule teilgenommen hatten, der Sonnabend nachmittag aber von alters her schulfrei ist. Das Schöffengericht hatte auf Anzeige der Schulverwaltung die Arbeiter zu Geldstrafen verurteilt. Die gegen das Urteil eingelegte Berufung wurde von der Strafkammer verworfen, weil es sich bei der Veranstaltung um die Durchführung der Schulpflicht handle. Der Auszug sei zur Erinnerung an einen großen Tag der vaterländischen Geschichte veranstaltet worden.

Ein Gendarm erschossen. Wie aus Kielce gemeldet wird, wurde auf dem Bahnhof von Malagosa ein Gendarmerteilnehmer gerade in dem Augenblick, als er einen jungen Mann verhaften wollte, von diesem durch vier Revolverkugeln getötet. In der allgemeinen Verwirrung gelang es dem Mörder, zu entkommen.

Bombenattentat in Oporto. Dienstag nachmittags explodierten einige Bomben in der Gasse des Stadtviertels Miragaia, wo sie hergestellt worden waren. Vier Tote und fünf Vermundete wurden aus den Trümmern hervorgezogen. Ein Verdächtiger wurde verhaftet. — Man hat es hier ohne Zweifel mit monarchistischen Anschlüssen zu tun.

Mehrere Spione sind in England verhaftet worden; unter ihnen befindet sich ein deutscher Untertan.

Das Explosionsunglück in San Antonio. Die Zahl der bei der Lokomotivexplosion in San Antonio (Texas) umgekommenen Personen beträgt nach den bisherigen Feststellungen fünf und zwanzig. Der Lokomotivschuppen und die Kupferschmelze sind vollständig zerstört worden. An anderen benachbarten kleinen Gebäuden wurden ebenfalls größere Zerstörungen angerichtet. Die im Schuppen befindlichen übrigen Lokomotiven wurden zertrümmert. In der Grobschmelze wurden allein fünfzehn Leichen aufgefunden, die teilweise in die Dachspalten oder in Maschinenteile eingeklemmt waren. Der vordere Teil der explodierten Maschine wurde auf ein in einiger Entfernung befindliches Haus geschleudert, wo er das Dach zertrug, drei Zimmer zerstörte und im Erdgeschoß liegen blieb.

Kleine Nachrichten. Das Jugendgericht in Magdeburg verurteilte den Schüler Koch, der im Oktober vorigen Jahres den Oberlehrer des Realgymnasiums Jäger durch Revolverkugeln schwer verletzte und darauf Selbstmord zu verüben suchte, wegen versuchten Mordanschlags zu vier Jahren Gefängnis unter Anrechnung von vier Monaten Untersuchungshaft. — Der Inhaber der Verlich School Rag in Stettin ist verhaftet worden, weil er junge Mädchen, die er durch Heiratsannoncen an sich gezogen, unter dem Vorwande der Heirat nach Amerika gelockt und dort in öffentlichen Häuser verschleppt hatte. — Der Schauspieler Willk Frobose vom Lessing-Theater in Berlin hat sich in einem Abort des Zuges Reinickendorf-Liebenwalde mit einem Gemehr erschossen. Der Schuß drang ihm ins Herz und führte seinen sofortigen Tod herbei. Man nimmt an, daß finanzielle Schwierigkeiten ihn in den Tod getrieben haben. — Die vier Gebrüder Haupt aus Weimar, übelbeleumdete Leute, hänselten auf dem Heimwege von Gabendorf einen Arbeiter. Der hinzukommende Arbeiter Klümming, der nach der Ursache des Streites fragte, wurde von den beiden älteren Haupt gepackt, mit einem großen Schlachtmesser in den Rücken gestochen und sofort getötet. — In Bilabach bei Bodenbach wurde gestern morgen die Handelsfrau Werner mit zertrümmertem Schädel tot aufgefunden. Altem Anschein nach liegt Raubmord vor. — In Schönpreisen in Böhmen gestand ein Gastwirt auf dem Sterbebette, daß er seinen Verwandten, einen vor 3 Jahren verschwundenen Schiffer Wilhelm Strache, aus Niedergund ermordet und seine Leiche im Garten des Gasthauses verscharrt habe. Bei Nachgrabungen wurde dort auch die Leiche gefunden. — Im Budapestener Zug hat sich der Neuen Freien Presse zufolge, der ungarische Reichstagsabgeordnete und Präsident der ungarischen Abgeordnetenkammer, Emerich Szivak erschossen. — Aus Taganrog wird gemeldet: Über das Unglück im Itallan-Erschacht liegen jetzt weitere Nachrichten vor. Es entstand durch Explosion des Dynamitvorrats. 52 Bergleute wurden getötet, 18 schwer verletzt, fünf retteten sich in einen benachbarten Stollen, wo sie in fürchterlicher Angst zwei Tage zubrachten, bis man sie auffand. Mehrere Hundert Waisen beklagen den Tod ihrer Ernährer. — In der Sanbois-Grube in Oklahoma wurden durch eine Explosion 85 Bergleute getötet. Die Grube steht in Flammen. — In Dunmore, Pennsylvania, wurde ein Haus durch eine Dynamitbombe zerstört. 8 Personen fanden dabei den Tod.

Verantwortlicher Redakteur: Joh. Stelling.
Verleger: F. H. Schömann. Druck: Friedr. Meyer u. Co.
Sämtlich in Lübeck.

Deute morgen 4 1/2 Uhr starb nach langem schweren Leiden unser lieber Sohn und Bruder
Hans
im fast vollendeten 16. Lebensjahr.
Liesbetrauert von seinen Eltern und Geschwistern und allen die ihm nahe standen
Carsten Ruge und Frau
geb. Bartholz.
Die Beerdigung findet am Montag nachmittags 3 Uhr vom Vorwerk Friedhof aus statt.

Zu Ofern gesucht ein
Druckerlehrling.
Buchdruckerei Werner & Hornig.
Zu sofort gesucht
geübte Arbeiterin.
Buchdruckerei Werner & Hornig.

Zum 1. Juli eine schöne Wohnung zu vermieten. Beschäftigung nach 10 Uhr morgens.
Luisenstraße 185, Burgtor.
Gesucht eine 2 resp. 3-Zimmer-Wohnung im Preise 250-350 Mk. Angeb. unter T T an die Exp. d. Bl.
Grundstück l. d. Reiferstr. mit 2 3-Zim.-Wohn. f. 6000 Mk. 10 f. 3. verk. Anz. 600 Mk. Näh. Gendarmstr. 14, p.
Groß. Ged.-Zugbauer
jämie Tischler-Werkzeug billig zu verk.
Breitenstr. 65, II.

Konfirmations-Karten
in großer Auswahl
empfiehlt die
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 40